

Deutsch e

Metall-Arbeiter=Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstage.
Abonnementpreis pro Quartal 90.-.
zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 2. März 1901.

Inserats die dreigesetzte Beiträge oder deren Raum 50.-

Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Gottboldstraße Nr. 2.

Inhalt: Die Habilitatheit verheiratheter Frauen III. — Die Fabrikinspektion des Herzogthums Braunschweig. — England und die beobachteten deutschen Bollerhungen auf Eisen und Stahl. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Zur Lage im Feingoldschlagergewerbe. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M. V. von Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. — In die Verwaltungsstellen Thüringens. — Allg. Ar. u. St.-R. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Kunstschau. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Gerichtszeitung. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist fern zu halten:
von Aluminiumsälgern nach Schwabach;
von Fahrradarbeitern nach Magdeburg (Panther-Fahrradwerke), nach Solingen;
von Feilenhauern nach Bielefeld (Zimmermann) R., nach Brandenburg a. Havel (Kabisch), nach Düsseldorf, nach München (Kobel u. So.) Str., nach Nürnberg;
von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg und Schwabach;
zu Güttlern nach Nürnberg (Dannhorn);
von Formern n. Banken (A.-G. vorm. Götz & Schulze) R., nach Erfurt (Schumann u. Kübler), nach Freising in Bayern (Schülein), nach Graukenthal (F. D. Wettner) D., nach Halle Werneburg u. Vo. (Wolf u. Klein) D., nach Lollar (Eisenwerk) R., nach München (Heilbronner) R., nach Oelsnitz (Moltreit u. Steiner) F., nach Pfungstadt-Eberstadt (Eisenwerk), nach Heilbronn (Boje u. So.) E. R., nach Gera (Maschinenfabrik u. Eisengießerei von Sonntag) Str., nach Kotthus (R. Welt) Str., nach Leidensels-Lambrecht (Hemmer), nach Bentlingen;
von Kesselschmieden nach Halle a. S. (Horning u. Rabe) R.;
von Klempnern (Flaschner, Spengler) nach Dortmund (Kattus) D.;
von Maschinenbauern nach Leidensels - Lambrecht (Hemmer);
von Metallarbeitern nach Altenburg (Otto Seiffert), nach Bielefeld (Engelsteinberg u. So.), nach Eisenach (Fahrzeugfabrik) D., nach Weltmann, nach Petersaurach (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik A. Reinhart), nach Haunstetten (Elsäß - Rothringen, Hütte Friede) E., nach Aue-Schau (Lorenz u. So.) R., nach Bremerhaven (G. Seebach) E., nach Goslar (Maschinenfabrik, Eisengießerei A.-G.) und nach Gilde Wiche, Berg. Halle, R., nach Uzwil (Schweiz) Str.;
von Metalldrüdern nach Nürnberg (Dannhorn);
von Radelmachern nach Chemnitz-Kappel Str.;
von Schleifern nach Neugersdorf (Werkstattfabrik von C. E. Stosch) R.;
von Schlossbauern nach Großkorb (Kimm u. Zog) R.;
von Schmieden nach Braunschweig;
von Werkstatteinern nach Bremerhaven (G. Seebach) D.

(Die mit R. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. R. heißt: Streit in Ausfahrt; E.: Fahrbewegung; L: Aussperrung; D: Differenzen; M: Maßregelung; R.L: Risthäude; R.: Röhr- oder Röhr-Reduktion; S: Einführung einer Fabrikordnung.)

Fabrikarbeit verheiratheter Frauen.

III.

Wir haben die Gründe kennen gelernt, aus denen die Frauen gezwungen sind, in die Fabrik zu gehen. Ein lehrreiches Szenenstück dazu bildet die Gruppe, aus denen die Fabrikanten die Frauen getrieben in Arbeit nehmen. In Pommern werden in den Zumpensortierräumen der Papierfabriken fast ausschließlich nur Frauen beschäftigt, weil die Mädchen bei unangenehmen und schwierigen wenn auch besser bezahlten Arbeit aus dem Wege gehen. Im Regierungsbezirk Breslau seien die Unternehmer bei dem herrschenden Mangel an männlichen Arbeitern gezwungen, weibliche Arbeitskräfte einzustellen, auch könnten an vielen Arbeitsstellen die Arbeiterinnen ihrer besonderten Geschicklichkeit wegen nicht entbehrt werden. Sie

ziehen die verheirathete Arbeiterin vor unverheiratheten vor, weil sie bestrebt ist, sich durch Pünktlichkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit eine dauernde Beschäftigung zu erhalten, auch vor unsauberen Arbeiten nicht zurückgeschreckt und durch gutes Beispiel auf die jüngeren Arbeiterinnen „eherisch“ einwirkt. Mehrfach erklärten Arbeitgeber, daß sie ohne einen Stammt nicht tüchtiger Frauen gar nicht in der Lage sein würden, ihre Fabrikate in der jetzigen Güte herzustellen, da auf die jüngeren Arbeiterinnen kein Verlaß sei. Ordnung und Anstand würden gefährdet sein, wenn nicht etliche Frauen unter den Mädchen arbeiteten und sie im Baume hielten.“ Die Frauen werden vorwiegend in anstrengenden Berufen, wie Steinbrüchen, Ziegeleien, Färberbetrieben, chemischen Fabriken, Zuckerfabriken u. s. w. mit schwerer, oft unsauberer Arbeit beschäftigt, während sich die jüngeren Arbeiterinnen unter 21 Jahren in Porzellanfabriken, Zigarrenfabriken und im Bekleidungsgewerbe finden. „Für die schlechteste, von Anderen gemiedete Arbeit sind nur die älteren Arbeiterinnen und besonders Verheirathete zu haben. Das beweisen u. A. die Lumpensortiererinnen.“ Also ein förmliches Paradies, eine Tragödie der proletarischen Frau! Weiter wird sodann angeführt, daß in den Gewerben, in welchen die Frauenarbeit stark vertreten ist, auch die Arbeitslöhne für männliche und weibliche Arbeiter bei gleicher Beschäftigung gleich, d. h. die gleichen Hungerslöhne, seien. „Die Arbeiterin macht hier dem männlichen Arbeiter erfolgreich Konkurrenz, da sie nur einer gewissen, ihr oft besonders eigenen Geschicklichkeit, nicht aber einer längeren, fachtechnischen Vorbildung bedarf.“

Mit einem gewissen Unmut berichtet der Oppelnser Gewerbeinspektor, daß im Herbst von einer größeren Zementfabrik 70 männliche Arbeiter entlassen und dafür 37 Arbeiterinnen eingestellt wurden, „die natürlich bedeutend billiger arbeiten“. Er bringt damit sehr zutreffend den in vielen Bezirke unzureichenden Verdienst der Männer in Verbindung, der am geringsten dort ist, wo die Arbeiterinnen, besonders die unverheiratheten Arbeiterinnen, in unbeschränkten Wettbewerb mit den Männern treten und in Arbeitsgebiete eindringen, die ihrem ganzen Wesen und ihrer körperlichen Veranlagung nicht entsprechen. „Dieser Wettbewerb verhindert, selbst bei günstiger Geschäftslage, nicht nur eine Aufhebung der Löhne für die männlichen Arbeiter, sondern drängt diese aus der Arbeit heraus.“ Er kommt dann zu dem Schlusse, daß das Bestreben der beteiligten Kreise darauf gerichtet sein muß, diesen Wettbewerb nach Möglichkeit zu unterbinden.

Weniger aus Mangel an männlichen Arbeitskräften als wahrscheinlich vielmehr aus Profitsucht sind im Regierungsbezirk Koblenz sogar in einem Balzert, erk (I) Frauen mit Badetüchern von Schrot und in einer Schraubefabrik (I) an den Gewindeschneiden und Fräsbändern beschäftigt worden. Auch für et man nenerdings in einigen Steinbrüchen die Frauen von Steinbrucharbeitern als Schottpflägerinnen.

Aus dem Bezirk München-Gladbach wird berichtet, daß 314 von 639 Fabrikanten, welche Arbeiterinnen beschäftigen, grundätzlich verheirathete Frauen nicht in Arbeit nehmen; die Mehrzahl der Unternehmer zieht dagegen die verheiratheten den ledigen Arbeiterinnen vor und zwar aus folgendem Grunde: „Sie bringen als Frauen eine noch viel größere Willigkeit zur Arbeit mit, sind aufmerksamer, genauer, gewissenhafter, sorgfältiger als die Mädchen und werden nicht mehr soviel durch Vergnügungssucht abgelenkt. Sie halten auch ausdauernder auf einem Platze aus, da sie sichere und beständige Arbeit suchen, während die ledige Arbeiterin häufiger Wechsel sieht. Es bilden

die verheiratheten Arbeiterinnen meist einen festen Stamn und den zuverlässigsten Theil des weiblichen Fabrikpersonals.“ Und der Gewerbeinspektor in Bremen fährt ans, daß als Vorarbeiterinnen die Frauen wegen ihrer größeren Erfahrungen, ihres Fleisches und ihres Einflusses auf die jüngeren Arbeiterinnen kaum zu entbehren seien. Da vielen Fabriken seien aber auch Nebenarbeiten zu verrichten, die oft täglich nur gewisse Stunden in Anspruch nehmen oder nur einige Tage der Woche, wie z. B. das Füßen der Garne in den Bleichereien und Färberbetrieben, das Abziehen der Bänder und Bänder, die Putz- und Reinigungsarbeiter der Fabrikräume u. s. w. Für diese unregelmäßigen Arbeiten sind unverheirathete Arbeiterinnen selten zu haben und dürften daher Frauen unentbehrlich sein. „Diese Arbeiten dürfen daher auch unabdinglich von Frauen geleistet werden können.“

Schließlich noch die Anerkennung eines sächsischen und zwar des Freiberger Gewerbeinspektors, welcher Folgendes ausführt: „Die Gründe, die den Arbeitgeber in erster Linie veranlassen, verheirathete Arbeiterinnen zu beschäftigen, liegen darin, daß er Angesichts der heutigen Produktions- und Handelsverhältnisse gezwungen ist, seine Erzeugnisse so billig als möglich herzustellen. Weibliche Arbeitskräfte sind aber stets billiger als männliche, sie sind aber auch für viele Arten der Beschäftigung der im Bezirk vertretenen Industrien, wie in Zigaretten- und Spielwarenfabriken, in der leonischen (Posamenten mit vergoldeten oder versilberten Drahtsäulen) Tectil- und Papierindustrie, unentbehrlich wegen ihrer Handfertigkeit, Geschicklichkeit und Sauberkeit.“

Der Hauptgrund also, daß Unternehmer Arbeiterinnen beschäftigen, ist ihre größere Billigkeit gegenüber der Männerarbeit und der Hauptgrund der Bewegung der verheiratheten vor den ledigen Arbeiterinnen ihre größere Fügsamkeit und Willenslosigkeit. Alles Andere, was sonst noch dafür angeführt wird, tangiert erst in zweiter und dritter Linie. —

Was die Arbeitsverhältnisse der verheiratheten Arbeiterinnen betrifft, so sind für sie die Arbeitszeit wie die Zwischenpausen im Allgemeinen die gleichen wie für die erwachsenen Arbeiterinnen und die Arbeiter überhaupt. So heißt es im Berlin-Charlottenburger Bericht: „Die Arbeitszeit der Frauen ist im Allgemeinen stets dieselbe, wie die der anderen Arbeiter; Ausnahmen für Einzelne werden namlich bei Maschinenbetrieb als Störung empfunden. Deshalb wird von der Befugnis des § 137 Abs. 4 der G.-O. nach diesseitiger Erfahrung, wie auch nach den Erwittungen des Gewerbegerichts kein Gebrauch gemacht. Die Verlängerung der Mittagspause würde auch für die Frauen wie für ihre Familie von geringer Bedeutung sein, da die Wohnung der Arbeiter in Berlin meist so weit von der Fabrik entfernt liegt, daß sie in dieser Pause kaum aufgezählt werden kann. In manchen Betriebarten, z. B. der Konfektion und der Zigarettenindustrie, wird jedoch alkordarbeiterinnen eine gewisse Freiheit in der Regelung ihrer Arbeit zugestanden; sie beginnen z. B. später, wenn es der Haushalt erfordert und machen zum Theil auch eine längere Mittagspause.“ Im 3. Berliner Inspektionsbezirk (Insp. Stor Karl Schmidt) arbeitet der größte Theil der Frauen 9—10 Stunden, darüber hinaus bis zu 11 Stunden gehen nur 11 Proz. der Betriebe mit 25 Proz. der Frauen. In 9 Betrieben mit 21 Frauen besteht der Achtstundentag, in 14 mit 112 Frauen die 8½, stündige Arbeitszeit, in 80 mit 340 der Neunstundentag u. s. w. In demselben Bezirk haben 62 Proz. der Frauen mit

* Die betreffende Bestimmung lautet: „Arbeit müssen über 16 Jahre, welche ein Haushwesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunden beträgt.“

eine einstündige, 25 Proz. eine $1\frac{1}{2}$ -stündige und noch längere Mittagspause, 13 Proz. blos eine $\frac{1}{2}$ -stündige (eigentlich in Bäckereien und in der Papierindustrie). Die hierzu nothwendige Genügsamkeit ist nur dann erreicht worden, wenn die Arbeitszeit auf 9 Stunden und weniger verkürzt wurde.

Im Preußischen Bezirke haben 25 Proz. der 871 Fabrikbetriebe eine $11\frac{1}{2}$ -, $12\frac{1}{2}$ -, 33 Proz. Prozent eine 10- und 30 Proz. eine weniger als 10-stündige obet beliebige Arbeitszeit. Die zunehmende Verbreitung des Zehn Stunden-Tages sei unverkennbar. Im Erzgebirge arbeiten: 494 Frauen 8, 289 9, 468 10 und 459 11 Stunden täglich, die große Mehrzahl also 10 und weniger Stunden.

Im Bericht des Mainzischen Aufsichtsbeamten ist zu lesen: „In Bezug auf die Arbeitszeit ließ sich eine Begünstigung der verheiratheten Frauen gegenüber den übrigen Arbeitern nur in den wenigsten Fällen erwischen; auch eine Verkürzung der Mittagspause findet nur ganz selten statt. Dagegen werden öfters auf Verlangen freie Tage ohne Entlohnung, zur Vornahme häuslicher oder Feldarbeiten gewährt. 37 Frauen hatten 8, 132 9, 608 10 und 476 11 stündige regelmäßige Arbeitszeit.“

Im übrigen Bayern, in Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen liegen die Arbeitsverhältnisse der Frauen in den Fabriken ebenso, was auch durchaus begreiflich ist, da die Unternehmer die Frauen nicht aus Liebe zu ihnen beschäftigen, sondern zur Fortführung ihres Betriebes und zur Erzielung eines möglichst hohen Gewinnsgewinnes.

Die Fabrikinspektion des Herzogthums Braunschweig.

Aus dem Jahresbericht des braunschweigischen Gewerberates Spämann für 1900 spricht keine hohe sozialpolitische Empfehlung darum, daß der Bericht auch nicht viel gehätschter wie bei vielen anderen Fabrikinspektoren davor. Gewerberath. Zwar meint er: „Bedauerlicher Weise hält sich der Bericht mit den Arbeitern immer noch in engen Grenzen. Von der Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden Gewerbeaufsichtsbeamten zur Kenntnis zu bringen, wurde von Arbeitern nur in drei Fällen Gebrauch gemacht.“ Das kann uns nicht wundern. Unter den Arbeitern ist eben sehr weit der Glaube verbreitet — nicht mit Unrecht —, daß Delegierten bei der Fabrikinspektion nur Schaden bringen und sie würden sich darum lieber mit ihren Anliegen zunächst an die Arbeiterspreche, wie an die Gewerbeaufsichtsbeamten. Erstaunlich wäre auch, zu erfahren, in welcher Weise den Arbeitern Gelegenheit gegeben war, den Gewerbeaufsichtsbeamten Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis zu bringen; denn daß der Herr Gewerberath Spämann für die Arbeiter eingespielt hätte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Soll der Arbeiter endlich der Revision dem Arbeitersprechen Vertrauen vortragen? Vielleicht gar in Vergessenheit eines leidenden Fabrikbeamten? Das würde der Arbeiter nur einmal thun und dann für immer entlassen. So lange die Arbeiter der Meinung seien müssen, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bei Unternehmern nützer seien wie den Arbeitern, kann es ihnen nicht verdeckt werden, daß sie der Gewerbeaufsicht kein Vertrauen entziehen. Auch Herr Spämann hat noch nichts getan, um dieses Misstrauen der Arbeiter zu bekämpfen.

Die Zahl der in Gewerbebetrieben beschäftigten Männer ist von 270 im Jahre 1889 auf 15 im Jahre 1900 zurückgegangen, während die Zahl der jugendlichen Arbeitern und Arbeitertinnen im gleichen Zeitraum von 1847 auf 1936 gestiegen ist. Nicht sehr sozialpolitische Wörter werden også in zwei Majazin-Fabriken beobachtigt. In einer Motorenfabrik wurden 30 Arbeiter und 1 Geselle beschäftigt. Der Herr Gewerberath will die Wahrschauung gemacht haben (?), daß die Zahl der Arbeitnehmer gut ausgebildet werden. Der Gewerberath ist sehr tüchtig, welche Arbeit mit, welche die Leistungen persönlich an und bezüglich welche Dienstleistungen. Nur wagen möchte, daß dieser Gewerberath ein ziemlich kapitalistisch. Wie ist der Gewerberath über zu diesen ungünstiger Wahrnehmungen gekommen? Hat er sich die Leistung der Arbeitern angelehnt und konnte er diese beweisen, oder wurde ihm das alles von dem „Rechtsgerichtsrat“ mitgeteilt?

In einer größeren Siegerei für England wurde die Beschäftigung der jugendlichen Arbeitern wegen gesundheitspolitischer Einsicht nachgewiesen. Ist denn diese Entwicklung nicht auch für den älteren Arbeiter gefährlich? Der Gewerberath würde sich ein gleich großes Verdienst erwerben haben, wenn er Auswirkungen getroffen hätte, die gesundheitspolitisches Entwicklung zu verhindern. Seinetwegen

werberath keine solchen Vorrangungen? Und braucht man auf die Gesundheit des Arbeiters nur so lange Rücksicht zu nehmen, bis er dem Militarismus zwei Jahre „tren“ gebient hat?

Die Zahl der in Fabriken und diesen gleich stehenden Anlagen beschäftigten Arbeitertinnen im Alter von über 16 Jahren ist 6531. Nachtheile in gesundheitlicher und füllischer Beziehung der Fabrikarbeit für verheirathete Frauen vermöchte der Gewerbeaufsichtsbeamte nicht zu entdecken. Er ist der Ansicht, daß die Mutter einer zahlreichen Familie gezwungen ist, neben dem Manne mitzuverdienen, weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht. Weiter sagt er: „Es empfiehlt sich nicht: a) die verheiratheten Frauen von der Beschäftigung in Fabriken ganz auszuschließen, oder b) ihre Zulassung von besonderen Beschränkungen abhängig zu machen, oder c) die Arbeit zu verkürzen, oder d) sie hinsichtlich des Wochenerinnerungsschutzes noch günstiger zu stellen. Durch die angeführten Beschränkungen würde die Lebenshaltung vieler Familien sehr beeinträchtigt werden und zwar in Folge des Ausfalls vom Verdienst. Dieser Ausfall ist natürlich ein vollständiger, wenn den verheiratheten Frauen das Arbeiten gänzlich verboten, ein teilweise, wenn nur eine kürzere Arbeitszeit zugelassen würde, weil die Arbeit nach Stunden bezahlt wird. Daß die Arbeitgeber sich dazu verstehen würden, diesbezüglich den Stundenlohn zu erhöhen, um den Verdienst der Frauen auf gleicher Höhe zu halten, ist nicht anzunehmen und aus wirtschaftlichen Gründen kaum möglich.“

Kurze Angaben zeigt der Bericht über etliche Lohnbewegungen, um dann zu konstatieren, daß gegen 1898 in 1899 die gemeldeten Unfälle sich um 153 vermehrten. Im Jahre 1895 war die Zahl der gemeldeten Unfälle 1194 und im Jahre 1899: 1655. Der Aufsichtsbeamte weiß für diese beträchtliche Steigerung der Unfälle nur die Ausdehnung der Industrie und die vollständigere Einsendung der Unfallanzeigen anzugeben. Daß es auch Unternehmer gibt, die in frevelhafter Weise, durch Nichtachtung der Unfallversicherungsvereinigungen, das Leben der Arbeiter gefährden, ist dem Herrn Gewerberath anscheinend nicht bekannt. Möglich, daß diese Sorte Unternehmer im Herzogthum Braunschweig auch nicht zu finden ist.

Gegen das Vorjahr hat die günstige (?) wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung wesentliche Veränderungen nicht erfahren.“ Wie der Gewerberath die wirtschaftliche Lage der Arbeiter für zweck eine günstige nennen kann, nachdem er zugegeben, daß in vielen Familien die Frau verdienstlos ist, ist unverständlich. Wenn gegen das Vorjahr (1898) eine wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu deren Gunsten nicht stattgefunden hat, so dürfen wir im Allgemeinen auf eine Verschlechterung hindeuten, denn gerade in dieser Zeit hat sich die Lebenshaltung bedeutend verschärft. Die Preise vieler Gebrauchsgegenstände sind um 10, 20 und mehr Prozent gestiegen, das wird auch der Herr Gewerberath wohl oder übel zu geben wissen.

Zu weiteren bemühen wir in dem Jahresbericht des Gewerberates Spämann jede Anregung zum Ausbau der Arbeiterschulgesetzgebung, wozu nach unserer Meinung in erster Linie die Gewerbeaufsichtsbeamten verpflichtet sind. Daher haben auch die Arbeiter des Herzogthums Braunschweig allen Grund, mit einem solchen Sachverständigen einzufrieden zu sein, was die Delegierten des Gewerbeaufsichts-Kartells Braunschweig auch in einer Resolution, die wir nachstehend teilweise folgen lassen, zum Ausdruck brachten. Es heißt da:

„Die Zusammenkunft hält es mit den Fabrikinspektoren für wünschenswert, daß der Bericht zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Arbeitern geschieht wird, was jedoch bedauert, daß der Fabrikinspizitor nie den schlechten Bericht gemacht hat, mit den Arbeitersorganisationen, der einzig in Betracht kommenden Vertretung der Arbeiter, zwecks Abschaffung über die Arbeiter betreffende Fragen in Verbindung zu treten.“

Die Zusammenkunft bedeutet es auch an sich selbst, daß deshalb im Bericht Neuerungen wie die unter dem Abkömmling „C. Arbeitserinner“ über die Nachtarbeit der Arbeitertinnen, die einem den Unternehmern vorschallenden, die Gewerbeaufsichtsbeamten aber schädigenden Gutachten gleichkommen, über Lohnbewegungen, die den tatsächlichen nicht ganz entsprechen, über vorhergehende Unfälle usw. enthalten sind, die den Stempel einseitig interessanter Interessenvertretung aufweisen.

Ganz entschieden aber protestiert die Zusammenkunft gegen ein Gutachten, wie es ohne Berücksichtung der in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen durch Ausweitungserklärung der Fabrikanten bei Beantwortung des von der Regierung vorgelegten Fragebogens über Be-

fürzung der Arbeitszeit verheiratheter Frauen, Gefährdung der Gesundheit und Sittlichkeit und den Wochenerinnerungsschutz zu Stande gekommen ist, weil die Arbeiter und deren Frauen bei Beantwortung der meisten Fragen eine die Beantwortung der Fabrikinspektoren gerade entgegengesetzte Antwort erhalten würden. Die Versammlung kann solchen Gutachten einen Werth um so weniger beimessen, als in ihnen nicht den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen, und abgesehen von den Widersprüchen, in welchen sich der Fabrikinspizitor bei dem Gutachten (s. Bericht S. 10 Abs. 3 und 5) bewegt, weit mehr den materiellen Interessen der Gewerbeunternehmer Rechnung getragen wird, als denen der Arbeiter. Desgleichen protestiert das Gewerbeaufsichtskartell gegen eine Berichterstattung des Bergrevierbeamten, welcher die Lohnbezüge der Arbeiter als für ihren Bedarf reichlich hinstellt und dabei die Lebenden bezüglich, ihren Lohn in flottem Leben zu verschwenden. Die Versammlung hält es für das Gegenteil einer objektiven Berichterstattung, wenn, wie im Abschnitt über Ernährungsverhältnisse (S. 47 des Berichts) die Wirkung mit der Wirkung verwechselt und die Erhöhung der Lebensmittelpreise als eine Folge der Aufwärtsbewegung der Löhne hinstellt, die aus seiner eigenen Unfallstatistik erwiesen, gewiß nicht leichte Lage der Arbeiter als eine glänzende hinstellt, über die Gewinne und das Leben der Unternehmer aber kein Wort verloren wird. Die Versammlung erwartet, daß die Erhebungen der Aufsichtsbeamten endlich auch einmal Rücksicht auf die wichtigen, die Allgemeinheit interessierenden Fragen, auf die Wohnungsvorhältnisse der Arbeiter, die Steigerung der Lebensmittelpreise im Verhältnis zur Steigerung der Löhne, die Wirkung der langen Arbeitszeit auf die Arbeiter, die Wirkung der Gewerbeaufsichtsorganisationen auf das Arbeitsverhältnis, auf die Organisationen der Arbeiter überhaupt nimmt, und daß endlich von der einseitigen Auskunftsverholung durch die Unternehmer Abstand genommen wird und daß auch, wie es bei anderen Aufsichtsbeamten schon geschieht, die Arbeiter und deren Organisationen um Auskunft befragt werden.“

England und die beschäftigten deutschen Zollerhöhungen auf Eisen und Stahl.

In voriger Nummer haben wir darauf hingewiesen, daß man in England gegenüber den beabsichtigten Zollerhöhungen in Deutschland großes Misstrauen an den Tag legt. Die Correspondenz des Handelsvertragvereins beschäftigt nun in ihrer Nr. 14 etwas eingehender mit der Sache; so steht:

Die Nachricht von einer Erhöhung des deutschen Eisenpreises auf englische Güter und Sachen hat in England ein großes Aufsehen erzeugt, als man in deutscher Interessentreffen vielleicht annimmt. Zwar sind in der deutschen Presse einige Nachrichten über die englischen Preisbewegungen laut geworden, aber dieselben gelassen keinen vollständigen Überblick über die englische Situation, wie sie in's Werk gesetzt werden ist. In Nachfolgendem möchten wir daher einige diesbezügliche Angaben machen. zunächst nahm die Handelskammer in Sheffield im November vorigen Jahres eine Resolution von angehendem Inhalt an:

Die Agitation in gewissen Fabrikantentreffen Deutschlands, die darauf hingezogen, eine Erhöhung des Zolls auf Stahl zu erlangen, gelangt zur Erörterung. Nach einer Konsultation des Konsuls scheint es, daß keine Verhandlungen bezüglich des neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Großbritannien von 1903 fortgesetzt sind. Es wird aber hoffen, ein wahnsames Auge darauf zu richten, wie sich diese Angelegenheit entwickeln wird.“

Bei dieser beschäftigenden Stellungnahme blieb es nicht, sondern durch Versammlung der Sheffielder Handelskammer wurde die Sache im englischen Parlamente zur Sprache und damit zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht. Gegen die Bezeichnungen der deutschen Hochschulhäuser erhob sich darauf die englische Presse, in der behauptet wurde, daß man in Deutschland für höheren einen Entzugsgeld von 15 % p. L. und für Werkzeugmaschinen einen solchen von 8 % p. 100 eingeschlossen gesetzt, während letzterer derzeit nur 2,50 % beträgt. In einem Artikel des Sheffield Daily Telegraph steht es:

„Diese Zollerhöhung mag gegen Amerika gerichtet sein, ebensoviel richtet sie dieselbe auch gegen England. Deutschland will den britischen Handel tragen. Bezuglich des Werkzeugstahles will man direkt die Sheffielder Verbindungen mit den britischen Märkten lösen. Es ist unsere Pflicht, jetzt nicht will zu sein und den Schlag ohne Weiteres hinzunehmen, sondern den Deutschen zu zeigen, daß wir sie so behandeln können, wie sie uns behandeln, und zwar nicht nur auf den Märkten des vereinigten Königreichs, sondern auch in unseren sämtlichen Kolonien. Dies würde ihrer Klarheit darüber verhelfen, wie viel sie den Abschlägen in Großbritannien und seinen überseeischen Besitzungen verursachen.“

An anderer Stelle schreibt dieselbe Zeitung: „Man muß den Deutschen zeigen, daß wir entschlossen sind, ihnen mit gleichem Blaue wieder zu mehren, wie uns gemacht wird. Man bläue mir auf einige Zahlen in der Handelsstatistik, wie wir sie in einem amtlichen deutschen Werk finden. Daraus beträgt der Export von Stahlprodukten nach Deutschland:

	Tons	Wert.
Drahtseile . . .	0	0
Eisenbahnschienen . . .	730	0
Eisendrähte . . .	2,439	4,500
Fertige Eisenwaren . . .	433	50,000
Hochseilseile . . .	7,497	285,000
Die Einführung von Deutschland nach Großbritannien:		
Drahtseile . . .	13,253	115,000
Eisenbahnschienen . . .	21,394	130,000
Eisendrähte . . .	30,408	245,000
Fertige Waren . . .	3,252	325,000
Hochseilseile . . .	12,206	490,000

Leider fehlen uns die Bahnen über den Handelsverkehr in fertigen Werkzeugen, aber es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß englische Werkzeuge nicht sehr viel in Deutschland verkauft werden, während Remscheider und Solinger Artikel in großen Mengen in England eingehen. Obige Bahnen beziehen sich, wie wir ausdrücklich bemerken möchten, nur auf den Handel mit Großbritannien. Wenn man den Handel Deutschlands mit unseren Kolonien auch in Betracht zieht, so wird sich herausstellen, daß wir noch ein bedeutend stärkeres Mittel in Händen haben, um Deutschland zu veranlassen, daß es uns in handelspolitischer Beziehung mit Gerechtigkeit behandelt. Wir müssen Deutschland mit aller Entschiedenheit gegenübertreten und ihm sagen: "Wenn Ihr unsere Güter ausschließt, so werden wir die Kirchen ausschließen." Einem solchen Entschluß würden sich selbst Leute wie Krupp nicht verschließen können, denn eine Versperrung der britischen Märkte würde einfach den Ruin für den deutschen Exporthandel bedeuten."

Was sagt der Centralverband deutscher Industrieller, der die erträumten Bollerhöhungen zu Gunsten einiger weniger Großindustrieller und zum Nachtheile der gesamten deutschen Metallwaren-Industrie durchzusetzen sucht, zu diesen Neuerungen?

Glücksfälle aus der Metall-Industrie.

36 Prozent! Eines der lukrativsten Unternehmen ist die Halle'sche Maschinenfabrik. Für das letzte Geschäftsjahr will der Aufsichtsrath der Generalverarbeitung eine Dividende von 36 Prozent (im Vorjahr 33½ % Proz.) vorschlagen. Der Brüingewinn beträgt "nur" 869,663 M. Und was erhalten die Arbeiter: die Entlastung, wenn momentan die Geschäftskonjunktur keine solche ist, daß sich 36 Prozent herauswirtschaften lassen. Diese Fabrik hat bekanntlich das sog. Prämien-System eingeführt und viele Arbeiter sind noch so thöricht, um dieses Einsteigerichts willen ihr Antrecht auf die Koalitionsfreiheit preiszugeben. Den Dank dafür haben sie auch sofort erhalten, als Ende vorigen Jahres Geschäftskrise eintrat. Leute, die schon Jahre lang dadurch beschäftigt waren, wurden aus der Arbeit entlassen und irrten nun von Fabrik zu Fabrik, um überall dieseide Antwort zu bekommen: "Wir können Sie nicht gebrauchen! Hätte man die 36 Prozent Dividende nur um ein Viertel beibehalten, es wäre ein leichtes gewesen, die Arbeitszeit zu verkürzen und Entlassungen unmöglich zu machen. Aber die Herren rechnen darauf keine Rückfall. Ob gute oder schlechte Konjunktur, auf keinen Fall darf sie zu ihrem Schaden ausschlagen. Die Aktiönaire streichen 36 Prozent Dividende ein und die Arbeitslosen der Halle'schen Maschinenfabrik — hungern. Das ist kapitalistische Weltordnung!"

Die Dortmunder Union, die vom 15. Februar ab eine "Vohoregulierung" einzelen ließ, hat für das erste Halbjahr 1900/01 nach Abzug der Schulden und Generalumwölfen einen Gewinn von 3,344,595,69 M. erzielt. In den vorangegangenen zwei Halbjahren ergaben sich: für 31. Dezember 1899 3,541,493 M.; für 31. Dezember 1898: 2,562,495 M. Bis der Gewinn pro 1900 gegen 1899 auch geringer, so ist er doch noch größer als im Jahre 1898. Die th. woch. Zeitung hatte also sehr recht, wenn sie sagte, daß die Vohoreduktionen ihre Wirkung nicht in den geschäftlichen Verhältnissen hätten. Also war es die Gedinniust!

Zur Wirksamkeit der Tarifkäte wird der Fett. Zeitung ein Bericht geliefert, der sich auf den bekannten Drahtseilfertigung bezieht. Der Verband deutscher Drahtseilfabrikanten verkaufte im zweiten Halbjahr 1900 im Ausland 22,307,176 Kilo, im Auslande 19,524,655 Kilo. Es sind also im Auslande nicht ganz 3 Millionen Kilo weniger verkauft worden als im Ausland. Wie verhält sich nun der Ertrag auf Ausland und Ausland? Im Ausland wurde ein Gewinn von 1,177,136,01 M. erzielt, im Ausland dagegen ein Verlust von 859,444,08 M. Es ist sehr leichtlich, sich diese Zahlen recht genau anzusehen. Zu ihrer Erklärung gehört aber noch die Preisstellung. Im Ausland verlangen die Drahtseilfabrikanten für 100 Kilo 25 M., im Ausland verkaufen sie dagegen das gleiche Quantum der gleichen Ware für 14 M. Der deutsche Verbraucher muß also einen verhältnismäßig enormen Preis zahlen, damit der Kunde die überprüfte Ware im Ausland unter dem Herstellungswert verkaufen kann. Und obgleich das Auslandsgeschäft im zweiten Halbjahr stark verbessert war, beträgt die Verbandsleitung doch die Auslastung von 900,000 M. an die Verbandswerke, wovon 200,000 M. dem Reservefond entnommen sind. Den Verlust im Ausland und diesen Betrag aufzuziehen bringt. Und um dem Ganzen die Krone aufzudrücken, verlangt ein metallisches Werk auch noch die Erfahrung des Körpers auf Draht und Drahtseile von 3 M. auf 10 M., damit der ausländische Kunden noch ungenauer ausgespielt werden kann, als es bisher schon geschehen ist. Natürlich wird auch diese Voraussetzung im Interesse einer nationalen Wirtschaftspolitik verlangt, obgleich ein derartiges Streben jede andere Bezeichnung eher verdient als den einer nationalen Politik.

Der Kaufmann in Japan. Um in dem Wettkampf der Völker auf dem Weltmarkt erfolgreich sich mitbeteiligten zu können, ist Japan nicht nur bestrebt, seine Schiffsbau zu erweitern, sondern auch den Schiffbau zu entwickeln. Dieser Industriezweig entwickelt sich besonders in Nagasaki. Die Bodenfläche, welche als Werk ausgenutzt wird, hat zur Zeit bereits eine Größe von 25 ha erreicht, und es ist eine be-

diente Vergnügung derselben in Ansicht genommen. Die Zahl der Arbeiter, welche im Schiffbau hier Beschäftigung finden, beträgt bereits über 3000. Die Anlagen sind in moderner Weise vorgesehen und elektrisch beleuchtet. In letzter Zeit hat man sich auch für Errichtung elektrischer Kraftübertragung entschlossen. Für verschiedene Werkzeuge ist eine Druckluftanlage vorgesehen. Zur Zeit gehen jedoch Dampfer ihrer Vollendung entgegen, welche insgesamt einen Gehalt von 18,800 Tonnen aufweisen.

Zur Lage im Feingoldschlagergewerbe.

Seit einem Jahr herrschen in der Feingoldschlagerbranche in Nürnberg und Schwabach Zustände, wie sie nicht leicht in einem anderen Geschäftszweig zu finden sein dürften. Als im Jahre 1899 die Goldschlägergeschäfte in einem Streit traten, der den Zweck hatte, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Lohnsätze zu erhöhen und verschiedene Maßnahmen zu besetzen, da waren es die Herren Feingoldschlagermeister, die das Vorgehen der Gehilfen mit Freuden begrüßten. Wußten sie doch, daß dadurch die Preise, die durch eine ungeheure Schmuck- und Juwelenkonkurrenz auf ein Minimum gefeuert waren, wieder steigen würden. Die Herren hatten aber noch eine andere Freude, nämlich die, daß die Arbeiter nach kurzer Zeit ohne etwas erreicht zu haben, von selbst wieder in die Werkstätten zurückkehren würden. Dies folgerten sie daraus, daß die Arbeiter in zwei Organisationen verteilt waren, und daß die eine davon nicht leistungsfähig war. Über die Hoffnung der Unternehmer wurde zu Schanden, nachdem der Deutsche Metallarbeiter-Verband für sämtliche Streikende die Mittel beschaffte.

Nun wurde der von den Meistern mit Freuden begrüßte Kampf ein Klaffenkampf, der 13 Wochen dauerte und für die Arbeiter mit gutem Erfolg endete. Über auch die Prinzipale hatten profitiert: der Preis für Blattgold ist bedeutend gestiegen. Aber nach kaum einem Vierteljahr machte sich eine Überproduktion bemerkbar, die bis Weihnachten so stieg, daß von den Meistern beschlossen wurde, ab 2. Januar 1900 nur noch 6 Stunden pro Tag arbeiten zu lassen. Es sei hier bemerkt, daß in der Feingoldschlagerei keine Maschinen betrieben werden, sondern alles Handbetrieb ist; die Überproduktion ist also auf die Intensität der Arbeit zurückzuführen. Es ist eben leider Thatsache, daß die Arbeiter, wenn sie sich verkürzte Arbeitszeit und höhere Lohnsätze errungen haben, sehr oft den Zweck ihres Kampfes aus dem Auge lassen, die Produktionsverhältnisse zu regeln. Deshalb werden ja auch für den Arbeitszeitverlust erhöhte Lohnsätze verlangt. Ein weiterer Faktor ist mit schuld an der Überproduktion: die Überziehung der Branche mit Hilfskräften. Sind doch nach dem Streit in Schwabach allein über 200 Personen in der Branche mehr beschäftigt worden.

Die Arbeitszeitverkürzungen, wie sie von den Meistern eingeführt wurden, dauerten bis zum August, es wurde abwechselnd 36, 42, 40, 32, 28 und 18 Stunden pro Woche gearbeitet; im Mai wurden sämtliche Betriebe auf 14 Tage gesperrt. Damit die Arbeiterinnen nicht andere Arbeit suchen, wurde ihnen vom Unternehmerverband eine Unterhaltung von 2 M. pro Woche gegeben. Die ganzen Arbeitsverkürzungen hatten aber keinen anderen Zweck, als die Nachfrage mit der Produktion in Einklang zu bringen, die Preise für das fertige Blattgold hoch zu halten. Leider ist dies nicht ganz gelungen, denn es waren einzelne Unternehmer trotz Vereinigung und Konventionaltrate so scharf, billig zu liefern. Für uns hat aber die Zuführung eine Aussicht gezeigt, nämlich eine Tarifvereinigung zu erlangen. In den Verhandlungen mit den Unternehmern wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Hauptvorstand Schilde, der diesen Verhandlungen bewohnt, damit betracht wurde, einen sozialen Vertrag auszuarbeiten.

Wir wollten nun eine derartige Tarifgemeinschaft für alle in Deutschland arbeitenden Kollegen einführen. Es wurden deshalb auch mit den Kollegen in Stuttgart, Cannstatt, Augsburg, Mühlhausen und Dresden Verhandlungen angeknüpft, die dann zur Ausarbeitung eines Vertrages führten. Überall hatte man begründete Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß führen würden. Aber die Feingoldschlagermeister von Nürnberg dachten anders, sie wiesen den vorgelegten Entwurf mit dem Vermerk ab, sie daten aufgezählten Forderungen seien unannehmbar. Diese Antwort der Nürnberger Meister führte nun dazu, daß die Unternehmer an den übrigen Plätzen ebenfalls erklärten, nicht mitmachen zu können. Nur Dresden machte eine Ausnahme; dort wurde der vorgelegte Tarif mit einigen Änderungen angekommen. Doch bei uns war die Hoffnung nicht ausgegeben; trotz geringer an die Ausarbeitung eines neuen, nur die schon bestehenden Lohnsätze enthaltenden Tarifs, der die Bestimmung enthielt, die jetzigen Lohnsätze bis 1902 zu beibehalten und das Gehaltungswesen sowie den Arbeitsnachweis zu regeln. Inzwischen löste sich aber die Vereinigung der Feingoldschlagermeister Deutschlands auf. Nun war die Schmuck- und Juwelenkonkurrenz wieder Thür und Thor geöffnet. Als die Lösung erfolgte, telegraphierte noch in derselben Nacht ein Großfabrikant in Nürnberg nach London: "Bereinigung aufgelöst, offizielle Höhe Blattgold um 2,60 M. billiger." Für die Arbeiter fanden schlechte Zeiten, es wurden Anforderungen an sie gestellt, die zu erfüllen unmöglich war. Im September kamen Arbeitentlassungen. Sie agierten den Anfang dort, wo die Branche am meisten mit Lonen überzogen ist: in Schwabach. Die dortigen Meister, die gelernte Goldschläger sind, und die ihre Buden schon vorher mit Lehrjungen versorgt hatten, entließen nun mehr ihre Stütz- und Wochenarbeiter, um mit den Jungen allein weiter zu arbeiten. Sie haben also billige Arbeitskräfte und sind an eine geregelte Arbeitszeit nicht mehr gefordert.

Im Oktober kamen Differenzen in der Bayerischen Werkstätte in Schwabach vor. Bayer wollte, um billige Lieferungen zu können, die Wochenarbeit einführen; die dort beschäftigte Stützarbeiter vertraten die Arbeit und Bayer arbeitete mit seinen 3 Jungen und zwei Gesellen weiter. Hier hätte die Organisation energisch einschreiten sollen. Das ist aber unterlassen worden, und so konnte dieser Meister Bayer mit Nachahmung finden. Zur Zeit sind in Schwabach neun Betriebe vorhanden, die auf diese Weise arbeiten, nur einige davon beschäftigen schlechte entlohnte Sätze. Bayer lasse dann für seine ausgetreteten Arbeiter

andere, denen er vor Kurzem wieder kündigte. Der schwerste Schlag aber war, daß die größte Firma am Platz, Günther und Herbst, ihren sämtlichen Leuten kündigte.

Inzwischen standen im Beisein des Hauptvorstandes Schilde mit den Meistern wieder Verhandlungen statt über den neu ausgearbeiteten Tarifvertrag. Die Verhandlungen in Schwabach hatten das Resultat, daß sich von 27 Meistern 13 bereit erklärt, einen sozialen Vertrag anzunehmen, wenn die Nürnberger und die noch fehlenden auch mitmachen. In Nürnberg waren zu den Verhandlungen die Großfabrikanten gar nicht erschienen; die anwesenden 14 Herren erklärten sich bereit, wenn die anderen, die nicht da sind, auch dafür sind. Also waren auch diesmal alle Arbeiter ammont. Persönliche Vorstellungen bei einzelnen Prinzipalen förderten auch kein anderes Resultat.

In Nürnberg ist diese Zeit auch nicht trübig verlaufen, wenn auch keine größeren Entwicklungen vorgekommen sind. So stellte ein Großfabrikant in einer Meisterversammlung den Antrag, den Arbeitern und Arbeiterninnen an ihren Wohnsägen Abzüge zu machen; der Herr berief sich auf einen Beschluss der Prinzipale vom August 1899 (das war am Ende des Streiks), wonach sich die Herren durch Unterschrift verpflichteten, bei schlechtem Geschäftsgang das Zugeständene, d. h. das durch den Streik Errungene wieder abzuziehen. Der Antrag wurde in Schwabach und Nürnberg von den Meistern abgelehnt. Nur verzichteten es in Nürnberg einzelne Prinzipale mit Abzügen, mußten aber jedesmal, nachdem die Verwaltung nachdrücklich die Interessen ihrer Mitglieder wahrte, davon absehen.

Am 22. Dezember wurden sämtliche Leute der Firma Günther und Herbst entlassen, die Zahl der Arbeitslosen unserer Branche stieg dadurch in Schwabach auf 130. In Nürnberg hatte man inzwischen, falls größere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, damit Arbeiter nicht durch die Not gezwungen, sich billiger anbieten, Sammlungen bei den Kollegen veranstaltet, die in vier Wochen die Höhe von beinahe 800 M. erreichten. Daraus wurden 100 M. nach Schwabach für die dortigen ausgesteuerten Kollegen abgegeben. In Schwabach wurde in dieser Zeit zu demselben Zweck gesammelt, aber leider hatte die große Anzahl der Kollegen keinen Sinn für diese Sammlung, wurden doch von 600 Personen das erste Mal 85 M., das zweite Mal gar nur 27 M. geäußert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg inzwischen immer mehr und so besaßte sich auch das Gewerkschaftslokal in Schwabach mit dieser Angelegenheit. Es wurde beschlossen, einen Aufruf in der Form eines Flugblattes an die Gesamtarbeiterchaft Deutschlands ergeben zu lassen mit der Bitte um Unterstützung der Ausgesteuerten. Ob dieser Aufruf auch die nötige Beachtung finden wird, ist zu bezweifeln.

Inzwischen bot in Nürnberg eine Versammlung stattgefunden und in dieser wurde beschlossen, daß, wenn die in Schwabach in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen entsprechend für ihre Arbeitslosen sorgen, auch in Nürnberg allwöchentlich für die ausgesteuerten Schwabacher gesammelt werden solle. Es wurde weiter beschlossen, aus den Werkstätten, deren Besitzer Stück- oder Wochenarbeiter entlassen, um mit den Lehrlingen allein weiter zu arbeiten und dadurch noch billiger zu liefern im Stande sind, die Bechneiderinnen herauszuholen. Auch sollen die Verwaltung zu geeigneter Zeit den abgelehnten Tarifvertrag den Meistern unterbreiten.

In einer Versammlung in Schwabach wurden diese Aufräge angenommen und bestätigt, daß jede in der Branche in Schwabach beschäftigte Person 2 Prozent ihres Verdienstes abzugeben hat. Es wird durch diesen Beschluß nunmehr jede Woche eine ganz hübsche Summe gesammelt; in Nürnberg sind inzwischen abermals 213 M. gesammelt und nach Schwabach abgebracht worden. — Ende Januar wurden von der Firma Günther und Herbst wieder eine Anzahl Gehilfen, Bechneiderinnen und Hilfsarbeiterinnen eingestellt. Beider ist die Zahl der in diesem Geschäft noch Feiernde ziemlich groß. Vier hätte man bei Aufnahme der Arbeit auch in anderer Form etwas vorsichtiger handeln sollen. Der Meinung der Kollegen nach hätte man daran trachten sollen, mindestens die verbleibenden Kollegen unterzubringen, bevor man den das Geschäft so sehr schädigenden, den Einzelarbeiter zur Mehrproduktion zwingenden Hilfsarbeiterinnen Arbeit verhoffte. Soll doch nach Ansicht eines jeden den ersten Goldschläger die Abstossung der Brüderinnen der ersten Schritte sein, eine Verbesserung in der Branche herbeizuführen.

Doch auch in Nürnberg konnten die Prinzipale die schlechte Konjunktur nicht vorübergehen lassen, ohne den Arbeitern etwas anzuhängen, und so wurde denn am 2. Februar in allen Werkstätten ein Plakat angehängt, das besagt, daß zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber keine Kündigung mehr besteht. Eine ungemein zahlreich besuchte Versammlung befaßte sich nun mit der Angelegenheit und beschloß sich mit der Maßnahme einverstanden zu erklären; nur erklärten die Versammelten darin eine Ausnutzung der momentanen Konjunktur. Diese Betonung des Rechts des Stärkeren wird für die Arbeiter, wenn günstigere Seiten kommen, der erste Anlaß sein, dann auch ihr Recht zurückzufordern. Zu einem nur eingegangenen Schreiben des Meisters weisen diese den Vorwurf, als ob sie die schlechte Zeit benützen, um sie gegen die Arbeiter auszuspielen, zurück und führen weiter an, daß sie nur deshalb die Rüngung ausgezöglossen haben, um, wenn die Arbeitgeberorganisation gegen einen einzelnen Meister vorgehen will, sie diesen entsprechend schützen könnten.

Die Arbeiter werden nun alles thun, daß die Herren es nicht nötig haben gegen sie mit Auspeitschung vorzugehen, aber eines lassen sie sich unter keinen Umständen gefallen: wenn nämlich einer oder der andere der Herren Meister es verfügt, direkt oder indirekt an den Vorsägen zu rütteln. Die Arbeiter werden sich dagegen wie bisher mit aller Entschiedenheit wehren. Dass es durch das kündigungslose Arbeitsverhältnis in nächster Zeit in Nürnberg auch keine Arbeitslosigkeit geben wird, ist nicht zu bezweifeln; es ist dann aber auch zu befürchten, daß die Sammlungen für die Ausgesteuerten in Schwabach nicht mehr so günstig ausfallen wie bisher. Wir richten deshalb an unsere Verbandskollegen die Bitte, sie möchten durch Beisteuerung einer kleinen Spende ermöglichen, unsere Ausgesteuerten über Bayer halten zu können, so daß diese nicht gezwungen werden, sich zu billigeren Lohnsätzen anzubieten.

Eltern für Mann in den Metallarbeiter-Betrieb einzutragen. Nach dem Besuch eröffnete sich eine schwere Situation, an welcher sich auch verschiedene Mitglieder des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbands beteiligten. Von diesen wären konkrete Vorschläge, wie schon fd. ist, die Weisung erhalten, daß sie ebenso wie der Metallarbeiter-Verband die jüdische Arbeitervertretungen. Kollege Hirschfeld flüchtete sie aber in mehr schriftlicher als klarer Weise ab. Am 1. 1. 1917 wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung leitend des Vorstandes mit einem drastischen Auftreten hoch auf die moderne Elternerwerbung geschlossen.

Magnusberg. Um 15. Februar hatte im Vokale „Friedrichsstadt“ eine öffentliche Meieratswetter-Verkündigung. Zugrunde erlagen Punkt der Aussetzung: Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Sigma Langenauwer. speziell das Fertigstellen des Betriebs-Ingenieurs Vogel. So hatte Vogel das Recht übernommen. Eine gründliche Abrechnung fandte der Sigma zu Stelle, die schon seit Jahren der Schrecken der Mandeburgers Meieratsheiter ist. Es schuldete die Busände in den Betrieben vor dem Grunde, die allen Finanzierungsschäden wohl

hat denn Gründen, die einen Strafverfügungshärteten nicht sprechen. Die Arbeiter glaubten nun, daß mit dem Wiederaufbau des Werkes auch ein neuer Geist einziehen werde. Sie sollten bitter enttäuscht werden; denn der Geist, der selten Ging, hielt, was der Herrn Löbolo. Dieser Herr, der früher Besitzer einer Werkzeugmaschinenfabrik war und in Vehlungszüchterei machte, wurde von Langemeyer angestellt, während er sein Geschäft gezwungen aufzugeben hatte. Löbolo ließte den Strudelbach um 5 A. Die Arbeit, welche die Arbeiter für den dafür gebotenen Lohn nicht herstellen können, macht Herr Löbolo selbst, aber fragt uns nur nicht wie! Für eine Bohrmaschine gab es 29 M. Die Wit-

hegt wie gut eine Bohrmaschine gab es 20 M. Die Arbeiter erforderten, es sei unmöglich, das für arbeiten zu können; man bequemte sich zu einer Bulage von 7 M und dabei ließte sich das vorstüßende Resultat heraus, daß ein Arbeiter einen Wochentyp diente von 5,50 und in der nächsten Woche 5,10 zu einem. Eine Kolonne; 1 Monteur, 3 Sägeset haben eine Spindelbau in Arbeit. Herr Böhme reduzierte ohne weiterliche Bereuerbung den Preis um 7 M. Als die Frage von Seiten der Kolonne an ihn gestellt wird: „Dann wären wir wohl gelegentlich mal 14 Tage zusammen arbeiten.“ wurde prompt von ihm geantwortet: „Das kann doch kommen.“ Eine besondere Vorliebe für Belehrungen scheint der Herr auch nicht zu besitzen; wenn Kolone von den Leuten verlangt werden, verzweigt er sie auf alte herumliegende Theile. Zu lautärer Beziehung sieht es grauenhaft aus. Die Centralheizung verfügt gänzlich für den Betrieb — aber nicht so für die Gewächshäuser. Der Ziegelqual ist ein Muster. Durch einen Lattenzaun wird er von den Betriebswerkstätten getrennt, ungehindert können die sich entzündende Staub, der Reicht von einer Feuerzunge, auf welche man mit Schall gehärtet wird, um Speisgut, welches Hammelstall in dem auch noch Blätter und Blüte zu Rente sind, Gangen führen. Die Zustände bei Tagen zu leben sind die erstaunlichsten in ganz Hingebung, besonders die Sogne, die zwischen 15 bis 18 M. hinausragen. In freitlichen Worten appellieren Böh und Staudek an die Anwesenden für Aufklärung an die Organisationsmutter, was durch diese liege sich Weydel machen. Eine abhängende Kolonie sind einjüngste Nachkame. Nummer 2. Künste. Der Streif in den Gauherschafftwerken nahm leider das Beste. Er überlieferte noch einmal die Ueberzeugung, sie den ganzen Verlauf des Kreises und die gute Fortgang der um Streif beschäftigten Stoffen. Wie die große Zahl der Arbeitserfolgen, die den Betrieb vollständig füllten, haben die Erfordernisse deren Zahl infolge Mangel oder Unterlassungen zu anderen Betrieben auf die nächste zurückgegrungen war, zur Ausgehung des Kreises veranlaßt. Wie der offiziell kundige wurde in diesem Kampfe sei, werde die Zukunft lehren. Die Erfordernisse hätten es ausgeduldet, denn hinter ihnen stand der Denkende Dichter-Verstand, der eine

den kann der Schuhverkäufer verlangt, der eine
eigene Unterstzung erhält, als Laiende von Betriebs-
aristoren eingebürgert ist. Sohn erzählen. Auch heute sei
noch einer von ihnen nachlos. So über die Firma Schuh-
mann eingeladen der Sohn, die jetzt dort beschäftigt sind,
eigentlich dort nur Ingenieur, das verneint er. In schärfen
Worten und unter dem Beifall der Versammlung geäußerte
Gehörer fadum die Handlungswelt des jüngsten Arbeit-
sleiters einen, der ihn erboten hat, die Schleiferarbeiten,
für welche die Firma keine geeigneten Kräfte besaß, in
jerner Verfassung aufzugeben zu lassen. Mit dieser Zusage
vertrat er die Interessen von Berlin, die jedoch sofort
richterlich beschlossen, als die dort Schuhzähle erhöhten. Der
neue Schuhzähler war ein Knaus, der in der Vergangenheit
ausgestoßen war, ausdrang vollständig und wurde ihm die rechte
Anteile anstellte. Der 3. Punkt der Tagesordnung gab
zurmal als 2. Gelegenheit, Weißlände der Betriebe der
Schuhzähle und seine Söhne, der fröhlich Stol-
bergischen Maschinenfabrik und der Firma Bieret und Fliege
zu sprechen zu bringen und wurde dabei der Wunsch aus-
gesprochen, dass auch mit diesen Betrieben in nächster Zeit
Kontakt aufzunehmen sei.

Fürthenburg. Die Generalvertretung färmlichet
Sitzte der Verwaltung Wagnersum tagte am Sonntag, den
1. Februar im "Cafenhaus". Hier leintet das Wort zum
gezeigte und schreibt für das 4. Quartal vor JES.
wie am Jahresende 1890. Meister führt aus: Wenn-
gleich uns verlorene 344 die Länderey gehabt habe, die
Füge der Steuerarbeiten zu verlangen, so sei es doch der
eigentlichen Organisation zit bedanken, wenn die Herabsetzung
der Füge nicht verhindert wurde, welche wie et kein
Interesse zweck erachtet war. Die Ertragfeit der Erbbaude
et 1890 ist gegen Länderey eine sehr lebhafte gewesen, das
zuweisen um besser die Steuerverhältnisse. Bei einem Mit-
telpunktende von 3333 m³ ausmischen und einem weißen
Kugelsteine 1100 der ersten Längstal vereinahmt worden
1390,00 M. Die Weisheit bestätigt ist. 1890,50 M aus-
genommen welche Steuererleichterung 5161,54 K. wischen bleibt
in Fürth ein Betrag des 4. Quartals von 3935,51 M.
Die Verluste sind eine Summe von 2258,90 M. und
durch das Jahr 1890 die gegenüber steht eine Summe
von 2066,02 M. Zudem ist der Betrag von 292 M. als
Verluste abzuziehen. Der Betrag der Steuererleichterung
ist, so dass ein Betrag vorhanden ist von 47,12 M. Der
verlust tritt auf die Industrie bezüglich Belastung in Entnahmen und
Ausgabe mit 411,69 M. für die Geschäftsführer und
3090,22 M. für die Schifffahrt. Der Geschäftsführer Böß
sagt, dass die Güterfahrt, die der Gewerbeband genutzt hat, wie
die eingesparten Kosten heranrechnet und kostet bei

bleiben müssen. Wohl können wir einmal auf diese Weise überzeugt werden! Damit jedoch der Name fehlen mit Verlust einigermaßen verloren geht, ist der Bericht zu verhindern. Für die Diskussion wünsche ich mir, daß der Metallarbeiter-Verband sich wohl ein besseres Bureau mieten möge. Sohn meint, daß in den neuen Städten auf Telephonanthalb hergestellt werden muß, um eine schnellere Verbindung zu ermöglichen. Den Beiträgen nach ist es mehr Agitation und Vorträgen noch dort vorzuhängen unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, Verrichten zu müssen. Abhilfe zugesagt. Paulsen Breitkopf im Namen des bestellten Berichterstattet, mit dem Geschäftsbüro einstimmig Deputate ertheilt. Die Versammlung votiert die Gestalten Göttner, Ley, Brandes, Berger und Mohr zu Kandidaten. Genosse Voß gibt nunmehr den Besuch über die Provinzialagitation und eine event. in Wandsbek abzuhandelnde Konferenz. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Verband langsam, aber ständig auch in der Provinz Fortschritte macht. Als Delegierte werden gewählt, außer den beiden Vertrauensleuten und den Vorstehenden der Agitationskommission, die noch bestehenden 4 Mitglieder derselben, ferner die Genossen Nehr, Schaffner und Knöller. Ein Antrag, die 12 Arbeitsteiligen auf den Postherbsttag einzuladen aus dem Verband auszuladen, wird nach letzter Debatte angenommen. Brandes erhebt hierauf die Vorausforderung der im Mai in Nürnberg stattfindenden Generalversammlung mit und ersucht, hierüber in seine Behandlung einzutreten, hingegen könnten Vorschläge zu den eben zu wählenden Delegierten gemacht werden. Vorgeschlagen werden Niemann, Knöller, Brandes, Gulinetz, Berger, Ley, Göttner, Berger, Mohr und Bornkampf.

Deutschland o. J. Die Ortsverwaltung hat in Erfahrung gebracht, daß die Firma Guilleaume-Lette, Maschinen- und Dampfseifefabrik hier, in auswärtigen Zeitungen tüchtige Schlosser, Monture, Formier, Schmiede und Seifenschmiede sowie Dreher u. s. w. gegen hohe Löhne und Altkosten zu dauerndem Beschäftigtheit sucht. Es sei jeder Verdunstwillige gewarnt hierher zu kommen, er würde aus dem Regen in die Kälte kommen. Die hohen Löhne bewegen sich zwischen 25—40 Pfsg. pro Stunde. Unter zirka 240 Arbeitern sind vielleicht 10 Männer, die nicht wie 40 Pfsg. haben. Die Altkosten sind durchweg gefützt und werden am Lohnungstage von jedem verdienten Altkost nochmals 10 Prozent abgezogen — für? — vielleicht als Entbehrungslöhne für die harten Alltäglichkeiten — Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Seitdem wurden nach 5 Minuten nach dem Signal der Dampfseife verpäppete Arbeiter heraußgelassen, dies ist vorbei. Signale erkennen und Thor zu — ein Augenblick! So kommt es vor, daß Arbeiter die 80—60 Minuten entfernt wohnen, vor dem Thore stehen und dürfen nicht mehr empfangen. Morgens ist es vorschriftlich bis zur Frühstückspause — 8 Uhr 30 Min. und Nachmittags 1½—2 Uhr, dazu noch Strafe nach Erreichen des zweiten Verzehrsmomentes. Der Herr Obermeister Win, ein menschenfreundlicher Mann, dessen Name man beinahe in allen Ecken des Fabrik leser kann (Winf-Schmidacher oder Winf-Schneid) hat in Bezug auf Altkostreduzierung Großartiges geleistet. Ein Arbeiter hatte sich neulich, Montag Morgens, verpäpetet und bekam seine Entlassung. Am selbigen Abend als der nämliche Arbeiter dem Herrn Obermeister wegen eines Abzuges an seinen Lohn zur Stelle stellen wollte, informierte ihm der nämliche Win, eine Stellvertretung durch die Stadt, daß dieselbe am Rüsten heranzieht werden müsse. Nebenklaus ist die Bekämpfung des Arbeiters herreibst keine gute zu nennen und besonders in der jetzigen Zeit. Alles die Arbeiter der Guilleaume-Lette tragen wir noch die Ernährung, doch einmal einzurichten, daß hier also eine gute Organisation im Stande ist, die Menschen zu besiegen. Etetet deshalb den D. M.-V. bei, denn nur Gott wird Euer Interesse gepflegt.

Niederschölk. „Ja der am 2. Februar bei Freiburg
in Magdeburg geäußerten Metallarbeiter-Vergesammlung
sprach Schröder, Sänger in ausführlicher Weise über die
Wohnungsfrage und das neue Reichsrecht. Am 2. April
der Tagessitzung stellte College Baum den Antrag in § 7
nach Vertrag I des Metallarbeitervertrags einzuführen: „Arbeits-
lose, welche durch Familienverzweigung verhindert sind, ab-
zuziehen, sofern sie nicht am Orte keine Arbeit erhalten,
können auf die Dauer von 3—5 Tagen einer anderen Zahl-
stelle, in deren Bereich sie Arbeit suchen wollen, zur Kontrolle
überreichen werden.“ Decidirt wird von der gut besuchten
Vergesammlung einstimmig angenommen und soll der Landes-
tag am 1. Mai das Schwer-Metallarbeitervertragsgesetz verabschieben.“

tenheitlich resp. der Generalversammlung vorgetragen werden.
Als Delegierte zur Landeskonferenz werden die Kollegen Baum, Heilmann und Uhlig gewählt. Kollege Banni thilft mit, daß infolge des schlechten Geschäftsganges die Mitgliederzahl in der Zunftstelle von 374 männlichen und 4 weiblichen Mitgliedern im 3. Quartal auf 348 männlichen und 4 weiblichen Mitglied gesunken sei. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 1900 393 männliche und 2 weibliche. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 245, ausgetreten resp. abgezogen 164, abgereist 147, zugereist 110. Auf Beiträgen s. 30 Kgl. wurden geleistet 15201. à 10 Pf. 151. Der Durchschnitt der Kostenbeiträge beträgt pro Kopf und Quartal für 1900 in Picta 7., Mügeln 11., Niederpöhl 12. Hoffentlich strengen sich die Pictiner Kollegen im Laufe dieses Jahres an, ihren Verpflichtungen gegen den Bestand nachzukommen wie bisher.

Wiederselektiv. In einer nach besuchten Metallarbeiterverbindung, in der „Goldenen Zunge“ die SEL Bündnispraxis am 16. Februar 1920 eine Sitzung und die Organisationen des Arbeiterlehrhauses besuchte. Beim Besuch erfolgte den Delegierten aus Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Ostwestfalen-Lippe, Niedersachsen und Bremen aus, daß im Laufe der Woche zahlreiche Wiederaufstellungen in den Wiederselektiv-Schaffenszwecken vorliegen. Dr. O. Schmitz u. Co. sind bepunktet und um noch weitere Auswirkung handeln. Eigentlich ist das Verhalten bemerkenswert, da man verachtete Leute, Konservativer auf das kleinste lege und ledige weiter befürchtet. Nach nächsten erwarteten Arbeitern unterscheiden und junge ledige Leute verlegen, deren Verhältnisse nebenselbst. Genauso ist es vorauszusehen, daß durch Arbeiter abgesetzt wird und wenn sie längere Zeit gesiebt und in die Werkstätte kommen um sich erklündigen, wenn sie weiter arbeiten können, durchaus auch die Entlassung überreicht. Vor einigen Monaten sind noch Lehrkunduren geleistet worden, einzelne Arbeiter haben mehr als 35 Stunden zu verbrauchen gearbeitet, auch sind von Gewerkschaften unterwegs überkundungen und Kontrollen

arbeit zu leisten. Hoffentlich erfüllt jetzt auch die Firma, wenn es an Person mangelt, die Vertragszeit zu verlängern, wie es die Firmen Stockström in Schwerin, sowie Celle u. Wulfsdorf bereits gehan haben. Kollege Baum bemerkt noch, daß man Schritte bei der Firma in dieser Hinsicht thun könnte, wenn eine größere Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter organisiert wären, leider hätten es die Kollegen trotz wiederholter Anforderung versäumt, sich zu organisieren, ja eine größere Anzahl hätte dem Verband den Mitteln gelehrt, resp. hätten wegen einkünftiger Beiträge gestrichen werden müssen. Mancher Kollege gehört zwei, drei Vergnügungsvereinen an, aber für den Verband pro Woche 30 Pf. auszubringen ist eben nicht möglich. Seit Jahren sollen werden die Mietpreise bei dieser Firma mehr und mehr herabgedrückt und an manchen Anordnungen verringert abgestoßen werden, alsder Verbandsbeitrag im Jahre beträgt. Nach wiederholter und maliger Aufforderung, sich zu organisieren, wurde die Zusammenkunft geschlossen.

Gelde i. S. Zugang ist bei der ersten Bezeichnung
Schmid, L. G., unbedingt zu halten.

Gagernsheim. Am Sonntag, den 10. Februar fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Suderndorf statt, die von 40 Personen besucht war, darunter nur 6 Metallarbeiter. Kollege Friedrich Kipp referierte über Zweck und Nutzen des Verbandes. Drei Mann liegen für den Verband aufzurichten.

Schönbeck. Zu der am 9. Februar stattgefundenen Verhandlung referierte Kollege Schäpe über die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Mit Beifall wurden die Ausführungen des Referenten entgegengenommen. Zum Delegirten zur Generalversammlung wurde der Bevollmächtigte Schäpe in Bochum gewählt, wodurch auch einnahm. Verschiedene Anträge und Wünsche zur Generalversammlung, sowohl wie auch zur Provinzialkonferenz wurden auf das eingehendste diskutirt. Ein Antrag, die Konzessionszeit von 5 Wochen herabzusetzen, fand nicht angenaue Unterstützung. Die Anträge zur Provinzialkonferenz sollen in einer außerordentlichen Versammlung zur Tagesordnung berathen werden. Kollege Schäpe verließ noch auf die Herausgabe des gedruckten Berichts der Gewerkschaftskommunion, den die Unterlassener zum Preise von 10 Pf. zum Vertrieb übernahmen. Des feineren fasste Schäpe die Praktiken der Leiter der Kaufherbergschen, die berührt sind, die Gedenkenden in Bützfleth zu bringen. Der Berater der Hirten, Herr Steinhagen-Schönenberg ist bestrebt, Altkatholische zu kaptur, jedoch ist ihm jedes bisher noch nicht gelungen. Herr Steinhagen scheint weiteren Kollegen die Gefülligkeiten schlecht vergelten zu wollen, die sie ihm schon geleistet haben. Die Befürworter Kollegens, die auf der Kaufherbergschen beswahrt waren, räappeten dem Herren die Vorbereitungen von Münster nach Eddingen in seine Verfassung, so sprach er. Metzger und Bracht. Man, die Edinger besser werden ihm schon beweisen, daß der Kölner Club unzweckig ist. Zur unz. Kollegen räappen mit der Auflösung unz. niedrigen Verhandlungen besser zu berathen, namentlich die Bündeten, die in einer letzten Versammlung so manches Rechtliche hätten berathen können.

Evergötz. Am 10. Februar fand im „Doppeldeut“-Gesellschaftshaus (Vor Wittenberg) eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Stellvertreter des Berlin über die „Urtreue“ des zugeschlagenen Gewerbezimmers in der Güters- und Metallindustrie“ gesetzte. Der Vortrainer legte den Anwesenden die Entstehung des Schusses dar, und bestreit dadurch das Vorgetheil von dem, was unter den Arbeitern verbreitet worden ist, daß die beiden Freunde zum Schuß seien, das jetzt so wenig gilt than sei. Hierzu wurden die Fahrtabfalle in den betreffenden Werkstätten geprüft; hauptsächlich die Firma Eickel, welche durch Anna Litz entrichteten Betrag ihren Arbeitern bekannt machte. daß nur einer halben Tag gearbeitet werden sollte, obgleich aber bereit sei — wenn die Arbeiter gewillt wären, nach 10 Prozent Fahrtabzug gefallen zu lassen — wie bis jetzt, der ganze Tag, arbeiten zu können. In der Firma Litz, wo jetzt Habecker — früher Formmeister in Übung — das Stellvertretende hat, haben die Arbeiter sich unter dieser Verhandlung zu leiden. Kollegen, beherrschte das, 1913 in der Versammlung besprochen wurde und treter ein in die Werkehen der Stammenssen, bedingt alle die Befürworteramtungen, zu welchen ihr von der Erzgerichtsleitung des Dr. St.-S. eingeladen werden.

Gold- und Silberarbeiter.

Gälbrau. Im Jahre 1850 wurde hier eine Fabrikette des Deutschen Gold- und Silberarbeiter-Verbandes gegründet, die aber, ehe 2 Jahre verstrichen, wieder in die Brüche ging. Es wurden seither jährl. des letzten Decades Versuche gemacht, die Fabrikette wieder ins Leben zu rufen, aber immer ohne Erfolg, der Indifferenzismus der Silberarbeiter der Firma B. Bruckmann und Söhne ließ es nicht zu. Diese Leute glaubten, da sie einen anständigen und zum Theil hohen Lehrer verdienten, es nicht nötig zu haben, einer Organisation anzugehören. Was aber zugetragen, daß säm. Einladungen zu öffentlichen Versammlungen so nicht richtig getragen haben, das haben die Beobachter gezeigt und sind dieser Kategorie von Arbeitern auch einzeln die Augen aufgegangen. Nachdem in des neuen Fabrikgebäude eingezogen war, wurden auch die Altkordtstege geregelt, namentlich von jüngeren Arbeitern wurden dieselben niedriger angelegt. Dieses und noch anderes Umrückende trugen dazu bei, den Silberarbeitervon den Augen zu öffnen. Nachdem jetzt vor 14 Tagen eine Versammlung stattfand, welche ausschließlich nur auf Arbeitern dieser Fabrik bestand, berief der provisorische Clubtag am Montag, den 11. Februar eine Versammlung im schwankenden Saal ein. Dieselbe war von 74 Silberarbeitern besucht. Nachdem beschlossen war, einen Nachstamm zu gründen, wurde zu der Frage, ob es fol. oder henthal. von Stolze Winkler über Gewalt und Freie des D. M. S. referirt, insbesondere auch das Naturfreundungswochen der Anwesenden vor Augen gesetzt. Ein Herr Stadtler, der dem sozialistischen Arbeiterverein angehört, sprach von sozialdemokratischen Vorversuchsräten und wolle den Begeisterndsten die geschilderten Weideverhältnisse empfehlen. Nachdem aber von Collegen Heineich an der Hand von Beispielen nachgewiesen wurde, daß Obgenannte in Streit u. s. w. nicht bestimmt sind, wurde ein Abendtag, eine Section des D. M. S. der Gold- und Silberarbeiter zu gründen mit allen gegenwärtigen Gründen abgekommen und wurden sofort 22 Bevölker-

scheine aufgefüllt. Möge nun diesesmal diese Organisation ein besserer Geist beseelen und die Kollegen besser zusammen halten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Feilenhauer.

Cannstatt. Am 10. Februar fand im „Rheinischen Hof“ eine öffentliche Feilenarbeiter-Versammlung statt, in der Kollege Weißmann über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen sprach. Dass die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, zeigte der demselben gezeigte Beifall. Der Vorsitzende Staut brachte zur Kenntnis, dass bei Tübingen doch nicht so schlecht bezahlt werde, und überhaupt nicht der Arbeitgeber, sondern die Arbeiter selbst an den dort obwaltenden traurigen Verhältnissen Schuld seien, da die Liebedienerei an der Tagesordnung sei, und Jeder glaube, es nötig zu haben, den kleinsten Lohnsatz für sich in Anspruch zu nehmen. Nachdem verschiedene Kollegen hauptsächlich Kritik an den einzelnen Werkstätten geübt hatten, gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Feilenarbeiter Württembergs erklärt sich mit den Ausschreibungen des Referenten einverstanden. Sie erblickt die Hebung und Belebung ihrer Lage nur in einer guten und straffen Organisation, um gegen das Unterhändlerthum einen freien Raum zu haben. Ferner verpflichten sich die Versammelten mit voller Kraft und Energie für den Ausbau der Organisation einzutreten, bis alle in unserer Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind.“ Nachdem noch verschiedene Redner auf die in erster Linie zu unternehmenden Schritte hinwiesen, wurde der Antrag angenommen, dass alle 4 Wochen eine Versammlung stattfinden soll, in der über die beruflichen Verhältnisse der Feilenarbeiter diskutiert wird. Als nächster Versammlungsort wurde Tübingen vorgeeschlagen. Mögen die Tübinger nun dafür Sorge tragen, dass diese Versammlung einen zahlreichen Besuch zu verzeichnen hat, damit auch uns einmal die Gelegenheit gegeben wird, vorwärts zu kommen. Den reisenden Kollegen geben wir bekannt, dass Umschauen in Stuttgart, Cannstatt, Feuerbach und Ludwigshafen verboten ist. Den Arbeitsnachweis führt Kollege Wilms in Feuerbach, Sedanstraße 23. Vorzeitige erhalten Durchkreuzende, die der Organisation angehören, 14 und Richtorganisatoren 40. § Weisungsunterstützung.

Düsseldorf. Der Streit der Feilenhauer dauert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Der Arbeitsnachweis befindet sich von jetzt ab bei Theodor Bernd, Reichstr. 142, II.

Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-B. im Bezirk Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M.

Abgehalten am 10. Februar 1901 im Kramer's Blechhalle zu Darmstadt.

Nach Begrüßung durch den Kollegen Baum-Darmstadt eröffnete der Vertrauensmann des Bezirks, G. Matthes, um 10 Uhr die Konferenz. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl des Bureau und der Kommissionen. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Berichte der Delegirten. 4. Das Unterstützungswochen im D. M.-B. Referent: J. Rappel-Offenbach. 5. Die sozialpolitischen Aufgaben des D. M.-B. Referent: J. De Jung-Frankfurt a. M. 6. Anträge zur Generalversammlung in Kielberg und Berndorf — In das Bureau wurden gewählt: Baum-Darmstadt als 1. Vorsitzender, Wallhausen-Offenbach als 2. Vorsitzender, Röck-Braunschweig als 1. Schriftführer, Steininger-Mainz als 2. Schriftführer.

Nach Wahl einer Mandatprüfung- und einer Revisionskommission erhielt der Vertrauensmann den Jahresbericht. Er versetzte auf den Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung (Pt. 5) und erläuterte denselben noch mündlich. — An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich Hausmann-Mainz und Röck-Braunschweig.

Die Revisionskommission erhielt hierauf Bericht und beantragte, dem Vertrauensmann Declarate zu erhalten, sowie 50 Kr. für denjenigen Blühemittel zu bewilligen. Zu letzteres folgte für eine lebhafte Debatte. Beide Anträge wurden schließlich angenommen.

Die Unterstützungscommission machte hierauf bekannt, dass 24 Orte durch 45 Delegierte vertreten seien. Es fehlen die Orte Arolsen, Bielefeld, Goslar, Marburg und Gießenheim a. M. Einzelne Mandate wurden für gültig erklärt.

Schlag 6. Mitarbeiter-Schiffbau wurde als Bezirkskasse wiederum gewählt.

Aus den Berichten der einzelnen Delegirten war zu ersehen, dass die Unterstützungsvereinigung auf den Standort einzelner Betriebsgruppen teils gut, teils aber auch ungünstig genutzt habe. Einzelne Delegirte befanden sich über zu wenig Agitation jenseits des Vertrauensmannes und forderten hierzu den Kontakt, da die Anstellung und Bezahlung des Vertrauensmannes im Interesse der Agitation für den Bezirk bald verschwinden werde. Nach einigen Abstimmungen durch den Vertrauensmann und persönlichen Besprechungen trat am 1. März die Übereinkunft ein.

Zu der Fortsetzungssitzung erhielt zunächst Kollege Röck-Offenbach den Platz als Referent zu Bericht 4: Das Unterstützungswochen im D. M.-B. Der Bericht geht darin auf, dass die Unterstützungsvereinigung ein: er hält die Summe von 8 Tagen für ausgereicht. Die Unterstützung ist vom ersten Tag an zu zahlen, wie das Steuer-Geld. Sicher kann jedoch auf das Eintreten des Unterstützungsbeauftragten keine Verpflichtung des Bezirks gelegt werden. Dieses Prinzip ist direkt gegen den Beifluss der Gewerkschaften in Holz, da die Aufforderungen für die einzelnen Bezirke wieder von Kreis zu unterscheiden. Sodann unterwarf Röck den § 2 e einer Abstimmung; die gemeinsam sitzenden Delegirten befürworteten einer besseren Unterstützung, insbesondere prägte man das Augenmerk auf kleinere Kollegen richten, die den ganzen Zeitraum täglich und jährlich die Agitation in den Werken betreiben und tatsächlich eine hohe Rolle gespielt hätten. — Kollege Hausmann-Mainz beantragte, die Diskussion über das gelehrte Recht zu berücksichtigen und gründet das Referat des Sozialrecht auf. Der Antrag wurde angenommen.

Schlag 7. Mitarbeiter-Kreis über: Die sozialpolitischen

Aufgaben des D. M.-B. Die soziale Frage und die daraus hervorgehenden sozialen Pflichten der Allgemeinheit gegenüber dem einzelnen, sich in materieller Bedrängnis befindlichen sei kein Produkt neuerer Zeit. Verhältnismäßig neu sei aber die Thatsache, dass die der sozialen Hilfe bedürftigen diese vom Staat, der Organisation der heutigen Gesellschaft fordere. Redner geht auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung vom Jahr 1848 an bis zum Auftreten Bajalle's, die Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der soz.-dem. Partei und speziell der Gewerkschaftsverbände Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre näher ein, nachweisend, dass alle diese Bewegungen und Organisationen sich herborragende sozialpolitische Aufgaben gestellt hatten. Den herrschenden Klassen sind immer und immer wieder ihre sozialen Pflichten vorzuhalten, deren Ausführung habe jedoch nicht als Wohlthat zu geschehen, sondern sei eine Verpflichtung innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Diese Verpflichtung werde nicht nur von den Arbeitern, die sich seit einigen Jahrzehnten als selbständige Klasse erfreulicher Weise befreit haben, erkannt, sondern auch im gewissen Sinne vom Staat und den gesetzgebenden Körpern. Das zweite die Schaffung der sogenannten sozialpolitischen Gesetze. Redner geht diese Materie im Einzelnen stützend durch, betont die nennenswertesten Punkte und verlangt, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, zunächst die bekannten Lücken in der sozialen Gesetzgebung auszufüllen. Wenn nun heute schon Staat und Gemeinde nicht umhin können, in sozialpolitischer Hinsicht den Bedürftigen zu helfen, wie viel mehr muss eine Organisation, welche vorwiegend zu diesem Zweck geschaffen ist, ihre Kräfte anstrengen, um diesen Zweck zu erreichen. Dafür sind die diese Wünsche und Forderungen aufgestellt, aber zu ihrer Verwirklichung ist jetzt wenig Zeit vorhanden und deshalb sei es nothwendig, dass die kommende Generalversammlung sich mit dieser Materie speziell beschäftige. Man solle auch nicht so ängstlich sein und solle aussprechen, dass wir allerdings gewollt seien auf die gesetzgebenden Körpern inneren Einfluss zu üben, als wir nur solchen Abgeordneten unsere Stimmen bei Wahlen geben sollten, die für unsere sozialpolitischen Forderungen eintreten. Bisher haben die großen Organisationen nicht viel nach dieser Einsicht gethan. Es genügt nicht, diese Aufgaben dem alle 3 Jahre einmal stattfindenden Gewerkschaftstagtag und den örtlichen Kartellen zuzulassen. Die Erfüllung derselben verlangt Kräfte und Mittel, die dort nicht immer vorhanden seien. Was heute noch nicht durch die Gesetzgebung erreicht werden kann, müsse auf dem Wege der Selbsthilfe geschehen. Die Schaffung eines kollektiven Arbeitsvertrags und die Einwirkung im Fabrikbetrieb müsse erstmals werden. Die heutigen Arbeiterausstände erfüllen ihren Zweck nicht. Die Organisation müsse vorall ihren Einfluss geltend machen. Bei allen Wahlen, von den Arbeiterausständen anfangend bis zum Reichsversicherungsbund, müsse dafür gesorgt werden, dass organisierte Arbeiter gewählt werden, und unter diesen sei der Kontakt in der Weise herzustellen, dass die Leitung des Verbands nichts in engster Führung mit denselben bleibe, um einerseits bestmöglich zu wirken, andererseits wo Anregungen aus dem praktischen Leben zu empfangen. Dies muss sei gewiss nichts Neues, ähnlich sei immer fast auf allen Kongressen und Generalversammlungen verlangt worden, nun müsse man aber ernstlich die Leitung des Verbands verpflichten, die alten sozialpolitischen Aufgaben zur Ausführung zu bringen. Heute, wo unter der Kette Posadowsky's die Sozialpolitik nicht nur ins Stocken, sondern in Rückgang gekommen sei, sei ein Kontakt der Organisationen doppelt notwendig. Redner empfahl folgende Resolution:

Die Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-B. in Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. hält es für eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen, in sozialpolitischer Hinsicht mehr als bisher wirklich zu sein und richtet daher an die Generalversammlung der nächsten Organisation des Reiches, den D. M.-B., das Erwarten, folgende Punkte in den Bereich ihrer Beratungen zu geben und durch entsprechende Beschlüsse die Leitung des Verbands in engster Führung mit denselben bleibe, um einerseits bestmöglich zu wirken, andererseits wo Anregungen aus dem praktischen Leben zu empfangen. Dies muss sei gewiss nichts Neues, ähnlich sei immer fast auf allen Kongressen und Generalversammlungen verlangt worden, nun müsse man aber ernstlich die Leitung des Verbands verpflichten, die alten sozialpolitischen Aufgaben zur Ausführung zu bringen. Heute, wo unter der Kette Posadowsky's die Sozialpolitik nicht nur ins Stocken, sondern in Rückgang gekommen sei, sei ein Kontakt der Organisationen doppelt notwendig. Redner empfahl folgende Resolution:

Die Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-B. in Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. hält es für eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen, in sozialpolitischer Hinsicht mehr als bisher wirklich zu sein und richtet daher an die Generalversammlung der nächsten Organisation des Reiches, den D. M.-B., das Erwarten, folgende Punkte in den Bereich ihrer Beratungen zu geben und durch entsprechende Beschlüsse die Leitung des Verbands zur bestmöglichsten Ausführung zu verpflichten:

1) Bei Ausführungen von Sohnabteilungen und kollektiven Anträgen oder durch das Arbeitserhaltungsamt entstehenden Streitigkeiten ist neben Streitigung höherer Löhne und längerer Arbeitszeit möglichst dafür Sorge zu tragen, dass der organisierte Arbeiterschaft das Arbeitserhaltungsamt in den Bereichen über Fragen des Arbeitsvertrags, Schichtverrichtungen, jährliche Entlohnungen und sonstige die Arbeiter direkt beträffende Punkte genähert wird. Der Arbeitserhaltung soll kollektiver Natur sein und für bestimmte Branchen und Bezirke nach allgemeinen Regeln eingeführt und durchgeführt werden.

2) Bei allen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen, wie Geheimwirtschaft u. dgl. ist zur Abwehr derselben eine Gegenaktion einzuleiten und durchzuführen. Dieselbe soll dazu bestimmt werden, es eine Berichtigung der bestehenden sozialpolitischen Fehler herzugehören. Es gilt dies ganz besonders für die Gewerbeordnung, das Statutar, Löhne und Sozialversicherungsgesetz usw. Um besser gezeigt dies durch Beratung großer Kundgebungen, Aufstellung von Gegenanträgen, Lieferung von Material und Unterstützung derjenigen Abgeordneten in den gesetzgebenden Körpern, die genauso sind, die Belange der Organisationen und der Gesamtarbeiterchaft zu unterstützen.

3) Neben dort, wo Leistung der Kommune oder des Staates Arbeit in Gewerkschaftsregel zu vergeben sind, ist der Bereich zu machen, die zu bestimmen, dass unter die Bestrebungen die von der betr. Organisation festgestellten Löhne, Arbeitszeit und die für Seiten und Seidenheit der Sicherer entsprechenden Einrichtungen mit aufgenommen werden.

4) Es ist darauf hinzuweisen, dass den Arbeitern ein Einzug in kommunale und neue Verwaltungsstellen für die örtlichen Verwaltungsstellen und neuen Kreisverwaltungen hat stattgefunden. Sollte eine Verwaltungsstelle dieselben nicht erhalten haben, so erläutern wir, sofort zu reklamieren. Auf die Neuerungen auf Seite 2, Absatz 1, Zeile 4 und Seite 4, Absatz 4, Zeile 2 machen wir besonders aufmerksam.

Hamburg im Februar 1901. Mit Gruss
Der Vorstand.

Am der Diskussion über das Referat Rappels beteiligten sich Hausmann-Mainz, Voitmann-Frankfurt, Grüning-Mainz. Nach einem Schlusswort des Kollegen Rappel wurde in die Diskussion des Dejung'schen Referats eingetreten. Es beteiligten sich daran Führmann-Hanau, Hausmann-Mainz und Dr. Offenbach. Führmann und Hausmann plädierten gegen Dejung, während Dr. Offenbach als Stadtverordneter interessante Ausführungen bezüglich des Rechts auf Arbeit machte; er kam dann noch auf mancherlei Schwierigkeiten zu sprechen, welche manchmal gerade die organisierten Arbeiter bilden, um Verbesserungen, wie den Bauarbeiter-Schutz, durchzuführen. Daran trage allerdings das verwerfliche Akkordsystem einen großen Theil der Schuld mit. Nach einem Schlusswort Dejung's wird dessen Resolution angenommen.

Es folgte die Abstimmung über die eingelaufenen Anträge; es wurden folgende angenommen:

1) Offenbach: Die Kartenzeit für Arbeitslosenunterstützung von einer Woche fällt fort. Die Gemahrgeltenunterstützung ist in der von betr. Ortsverwaltung auf 6 Kr. pro Woche zu erhöhen.

2) Mainz: § 6 § 9 zu handhaben, wie er in der Generalversammlung zu Halle gefasst wurde.

§ 7 Absatz 5 das Wort nicht zu streichen, sowie alle anderen Unterstützungswege abzulehnen.

3) Wiesbaden: § 16 Absatz 7 zu setzen: Die Ausgaben für sonstige örtliche Zwecke dürfen 25 Prozent der Beiträge nicht übersteigen.

Im Punkt „Verschiedenes“ besprach Koll. Matthes die Befreiung des Hauptvorstandes betr. die Mattheis. Er unterzieht dasselbe einer Kritik und begründet folgende Resolution:

Die am 10. Februar 1901 zu Darmstadt tagende Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-B. im Bezirk Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. wendet sich entschieden gegen das Rundschreiben des Vorstandes bez. der Feier des 1. Mai. Die Delegirten halten es für angebracht, dass diejenigen, welche in Folge des Missfeierns dieses Weltfeiertages der Arbeit gemäßregelt werden, dass Verbandsmittel unterstützt werden. Im Erwägung dessen, dass die Feier des 1. Mai eine Demonstration für den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetze ist und alle Gewerkschaften die Überzeugungen, für welche diese Demonstration stattfindet, in ihr Programm aufgenommen haben, hält es die Konferenz für selbstverständlich, dass jeder angekommene Arbeiter an dieser Feier teilnimmt. Zu Abrechnung des Umstandes, dass vorher die Nachzettel, welche für einzelne Mitglieder aus dieser Feier erscheinen können, nicht ablesbar sind, hält es die Konferenz für angebracht, dass auch in diesen Fällen Gewerkschaftsunterstützung an die Betroffenen gezahlt wird, da gerade auch die Zeit kurz vor dem 1. Mai mit diesem Anlass als zur Aktion sehr geeignet erscheint, und dass Abzüge der Unterstützung der Organisation mehr schaden würde, als die Ausgabe, die durch die Unterstützung der Gemahrgelten entsteht.

Diese Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. — Als Ort zur Abhaltung der nächsten Konferenz wurde Rothheim bestimmt. — Hierauf wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband um 7 Uhr geschlossen.

An die Verwaltungsstellen Thüringens.

Nächst Kollegen Leber haben sich verschiedene Verwaltungsstellen dafür ausgesprochen, dass unsere Bezirkskonferenz nicht erst zu Ostern, sondern früher (es wurde der 10. und 17. März vorgeschlagen) abgehalten werden soll, um Gelegenheit zu haben, etwaige Anträge an die Generalversammlung rechtzeitig stellen zu können.

Wieder andere Wünsche gingen dahin, die Konferenz erst nach der Generalversammlung abzuhalten, um sich nach den zu erwartenden Beschlüssen der Generalversammlung in puncto Agitation und Taktik einzurichten zu können.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist mit die fröhtere Einberufung der Konferenz deswegen unmöglich, weil ich zur Zeit wegen Bekleidung der Erfurter Gewerkschafter eine Gefangenheitsstrafe abzubüßen habe und erst Ende März meine Freiheit wieder erhalte. Auch ist ja wohl jede Verwaltungsstelle in der Lage, etwaige Anträge an die Generalversammlung selbst zu stellen, ebenso wie bei Punkten, welche für den Thüringer Bezirk von allgemeinem Interesse sind, um eine Absprache in unserem Verbandsorgan genügen dürfte, um über einstimmende Anträge an die Generalversammlung zu veranlassen. Sollte aber dieser Punkt trotzdem für so wichtig gehalten werden, so habe ich gegen die Abhaltung einer außerordentlichen Konferenz in meiner Näheheit nichts einzubringen. Nur müsste sich dieselbe auf die Generalversammlung betreffende Punkte beschränken. In diesem Falle würde ich die Abhaltung unserer ordentlichen Bezirkskonferenz bis nach der Generalversammlung verzögern. Ich habe dem Kollegen diesbezügliche Ermächtigung erhalten.

Zugleich erläutere ich die Städte, Antragen um Referenten oder Abhaltung von Beratungssitzungen bis zum 20. März an die Adresse des Kollegen H. Leber, Jena, Lutherstraße 32 zu richten. Mitteilungen, welche die Statistik betreffen und die noch ausstehenden Antworten auf meine Anträge bitte ich nach wie vor an mich einzuschicken.

Mit kollegialen Grüßen
Herr H. Leber, Vertrauensmann.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg).

Gekauft am 22. Februar.

Der Betrieb unserer neuen Institutionen für die örtlichen Verwaltungsstellen und neuen Kreisverwaltungen hat stattgefunden. Sollte eine Verwaltungsstelle dieselben nicht erhalten haben, so erläutern wir, sofort zu reklamieren.

Auf die Neuerungen auf Seite 2, Absatz 1, Zeile 4 und Seite 4, Absatz 4, Zeile 2 machen wir besonders aufmerksam.

Hamburg im Februar 1901. Mit Gruss

Der Vorstand.

Ruhrschau.

Wie öffentliche Meinung gemacht wird. Eines der schlimmsten Erfahrungsorgane der großkapitalistischen Prokzess ist bestimmt die Stummheide "Post". Ein ähnliches Blatt, das nur im Tone etwas mehr abgesunken ist, sind die "Berliner Neuesten Nachrichten". Auch dieses Blatt fühlt sich in erster Linie berufen, die Bestrebungen der Arbeiter zu verbündigen und in den Koch zu ziehen. Als Vertreter der öffentlichen Meinung gibt es noch den Anschein, seine Meinung ohne Voreingenommenheit und zum Wohle des Staates und der Gesellschaft dahin abzugeben, daß die Bestrebungen der modernen Arbeiterschaft ungerecht sind.

Das Herr Geheimen Kommerzienrath und Exzellenz Gruppe in Essen zu den Neuesten Nachrichten in einem ähnlichen Verhältnisse steht wie Stumm zur Post war längst bekannt, nunmehr erfahren wir auch die Namen der übrigen Mitinhaber. Die Neuesten Nachrichten, die früher im Beisein einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung waren, sind an eine am 1. Dezember v. J. begründete Aktiengesellschaft übergegangen, deren Sitz, wie man aus einer Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Essen ersieht, in Essen ist. Nach der Bekanntmachung des Amtsgerichts Essen sind die Mitglieder des Aufsichtsrathes der Aktiengesellschaft "Berliner Neueste Nachrichten" der Geheimen Finanzrath a. D. Jenke, Vorsitzender des Direktoriums der Scuppschen Werke und zweiter Vorsitzender des Centralverbandes deutscher Industrieller, die Geheimen Kommerzienträthe Heug in Oberhausen und von der Bypen in Deubener Vorsteher des Vereins für die wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen, H. Wilh. Olse, Direktor des Kohlensyndikates in Essen, Kommerzienträthe Kitzbör in Gelsenkirchen, Generaldirektor des Gelsenkirchener Bergwerksvereins, Kommerzienträthe Hermann Brauns in Dortmund, Generaldirektor der "Union", und Kommerzienträthe Baare, Generaldirektor des Bodumier Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation.

Nur die bedeutendsten Großindustriellen der Montan- und Eisenindustrie sind es, die hier zu bestimmen haben; daß dabei nichts arbeiterfreundliches herauskommen kann, ist selbstverständlich. Nur darf man nicht vergessen, daß die Meinung dieser Blätter vielfach als eine unparteiische bezeichnet wird, während es doch der Ausflug der klassischen Unternehmerinteressen ist.

Wer hat Lust? Ein Metallarbeiter erhält von einer Spinnfabrik in Beyer (Sachsen) folgenden charakteristischen Brief:

"Ich suche einen tüchtigen Formier, der nicht trinkt, seine Sache durchaus versteht und an dauernder Arbeit gelegen ist, auch muß dieser in mittleren Fäden liegen. Dieser muß mit Ziegelsehreie durch und durch vertraut und so viel als möglich mit meinen Augen sehen. Auch muß der Formier seine Ziegel mit Eisen patzen und einlegen, sowie alles, was dazu gehört, selbige machen, Feuerzähne machen und solche nachzuhüten, der Formier darf sich also keiner Arbeit scheuen und muß auch darauf setzen, seine Sachen hübsch in Stand halten und Ordnung herstellen lassen. Der Formier muss eben eben, als wenn es ein Eigentum sei, und so lange Arbeit jeho machen. Da ich das ganze Jahr habe, will ich mir von dem Formier zu verabschieden, so ist nicht Besserung ganz erforderlich, das heißt, wenn es keine Reize auf kleinen Augen. Hier ist der Formier kein und da geht auch mit Haushaltung nichts, so kann Frau und Kinder mit Geld verdienen. Wohnung und Lebensunterhalt ist billig und ist hier auch einfaches Leben. Gegenwärtig gebe ich pro Woche 15 M. Lohn und geht davon Kaufmanns- und Frühstücksgeld ab. Überlegen Sie sich die Sache genau, denn wenn Sie einmal herziehen, dann muß Ihnen an einem festen Posten gelegen sein, sonst wenn Sie hier dann wieder verändert werden, werden Sie wieder von hier fortziehen, da geht weiter keine Wiederholung ist. Ihrem gef. Bescheid genügt, zeichne

Durchdringend Ihr Traug. Wezel."

Das Gewerkschaftshaus in Braunschweig erzielte im ersten Geschäftsjahr, vom 1. Oktober 1899 bis 1. Oktober 1900, einen Betriebserfolg von 19,031,18 M. Da von dieser Summe für einige Lieferungen, für welche die Kaufmänner sich nach dem 1. Oktober eingehalten, noch etwa 3000—3500 M. abgehen so hat das Gewerkschaftshaus einen Gewinntrag von 9—10,000 M. im ersten Geschäftsjahr zu verzeichnen. Dieser Gewinntrag hat zu Indentat-Anträgen keinen Bezug gefunden.

Das die Errichtung eines Gewerkegerichtes für eine industrielle Stadt wie Chemnitz in allen Instanzen, gelegt von dem Kreisaußenratte der Kreishauptmannschaft Zwickau, abgelehnt wurde, läßt sich als Beweis betrachten, daß man in Sachsen den sozialpolitischen Gefechten nicht eben hold gestellt ist. Auch im Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig wurde die Errichtung eines solchen abgelehnt.

Die Mitglieder der Hirsch-Dunkel'schen Gewerkschaften dulden sich nicht eine einzige Stunde von Arbeitern, was bei der Gewerkegerichtswahl in Stotz a. S. dadurch bewiesen wurde, daß man die Kandidatenliste der Gewerkschaften eine Gegenliste entgegenstellte, die allerdings jämmerlich abschaut, standen doch den 215 Stimmen der Gewerkschaften 35 Stimmen der Hirsch-Dunkel'schen Partei entgegen.

Arbeiterwahl in der Zukunft. Der Bundesrat hat durch eine neue Verordnung die Bestimmungen des Fabrikgesetzes, betreffend die Haftpflicht, sowie des Haftpflichtgesetzes auf alle jene dem Haftpflichtgesetz nicht unterstellten Betriebe ausgedehnt, die exzessivem und ausschließlich bestimmt gefährliche Krankheiten erzeugen. Die Verordnung führt 34 Fälle beginnend an, welche gefährliche Krankheiten erzeugen, so u. a. Blei und seine Verbindungen, Quecksilber und seine Verbindungen, Arsen, Kalium- und Natrium-Bichromat, Chlor, Soda, Zoo, Salzsäure, schweflige Säure, Ammonium, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsulfat, Kohlenoxyd und Kohlenhäute, Chlorschwefel, Tetrahydrokohlenstoff, Phosgen, Chloroform, Nitroalizarin, Chlordiethyleamid, Benzol, Ammonium-Sulfat, I-

säure, Pottasche und Kali. Durch Verordnung von 1887 waren nur 11 giftige Stoffe angeführt worden, zu denen also noch 23 hinzugekommen sind.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die Glasarbeiter in Schauenstein befinden sich seit 27 Wochen in einem verzweifelten Kampf um Anerkennung der Organisation. Dem Verband kostet der Streit gegenwärtig rund 70,000 M. Da nun ein Ende desselben noch nicht abzusehen ist, so beschloßen die Glasarbeiter von Nienburg a. d. Weser, denselben durch ihr Eintritt für die Kollegen von Schauenstein auf gütlichem Wege beizulegen. Beide Fabriken, Schauenstein wie Nienburg, gehören dem Geheimen Kommerzienrath Hege, auch besitzt derselbe noch einige andere Fabriken, die jedoch nicht von großer Bedeutung sind. Auf Verstellung der Nienburger, doch den Streit der Schauensteiner zu beenden, die weiter nichts verlangen, als in jeder Beziehung mit den Arbeitern der Nienburger Fabrik gleichgestellt zu werden, antwortete der Fabrikant sofort mit Haftregelungen und bot einem Theil der Arbeiter bessere Bedingungen an, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation erklären würden. Die gesamten Arbeiter standen jedoch einstimmig zusammen und beschlossen am Sonntag, den 10. Februar, in einer von sämtlichen Kollegen besuchten Versammlung in Nienburg, ebenfalls in den Streit zu treten, wenn Hege die Forderungen der Schauensteiner Kollegen "Anerkennung der Organisation" nicht bewillige. In der Versammlung waren der Vorsitzende der Organisation Emil Girbig-Straßau, sowie d. c. Bürgermeister von Nienburg anwesend. — Der Bürgermeister wußte selbst zugaben, daß die Forderungen der Arbeiter nicht zu weit gehen, da es sich doch nur um Anerkennung der Organisation handele, und bat seine Kräfte an, um sein Möglichstes zu thun, die Auseinandersetzung auf gütlichem Wege zu regeln. Hierauf beschlossen die Glasarbeiter mit überwältigender Mehrheit, falls der Streit nicht bis zum Mittwoch, den 13. Februar, beigelegt ist, die Kündigung der Arbeiter bei der Firma Hege in Nienburg einzutreten. Das ist denn auch geschehen.

Feratur hat das soziale Unternehmertum mit einem Gewaltakt sofort geantwortet. Es erhielten nach der Kündigungsschluß bei der Firma Hege 12 Arbeiter der Firma Heini u. So., ebenfalls in Nienburg, die Kündigung. Auch wurde 80 Arbeitern der Firma Hege in Werresheim, eines Teiles der Nienburger Hege, die Kündigung überreicht. Ebenso wurde unermüdlich erklärt, daß man zu einer allgemeinen Aussperrung sämtlicher Glasarbeiter greifen werde, wenn diese in irgend welcher Art Sammlungen für die Streikenden vornehmen würden. Es geht auf offenkundig klar und deutlich hervor, der Stich der Glasarbeiter-Sammlungen kostet vorgenommen werden, um die Streikenden zu unterstützen, so ist zu gewärtigen, daß innerhalb 14 Tagen bis drei Wochen die gesamten Glasarbeiter Deutschlands aufs Pfaster geworfen sind. Es kommt noch hinzu, daß sämtliche Glasarbeiter dem Fabrikanten gehörige Wohnungen inne haben, die ebenfalls gekündigt werden müssen.

Der Stich der Glasarbeitsfabriken tröstet also danach die Gewerkschaften in Sachsen, den Ablösungskampf einzufangen, zu brechen. Den Verlust der Glasarbeiter ist es nun nicht möglich, diesen Schlag allein abzuwehren, es wendet sich daher an die gesamte Arbeiterschaft mit Folgendem:

"Im letzten Jahre 1900 war es uns möglich, unsere Organisation zu stärken, so daß zeitlich zwei Drittel sämtlicher in Deutschland beschäftigten Glasarbeiter organisiert sind. Die Arbeitslöcher ertrugen durch die einkommende gute Konjunktur eine Besserung. Jedoch durch die vielen Streiks sind von den Glasarbeitern im Jahre 1900 rund 185,000 M. geopfert worden. Den Kampf, dem wir jetzt entgegengehen, kann der Verband der Glasarbeiter nicht allein überwinden, und eruchen wir daher die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, uns nach besten Kräften zu unterstützen.

Gedanke! Kollegen! Gelingt es uns, diesen Kampf zugleich zu überwinden, dann ist unsere Organisation auf Jahre hinaus gesichert. Gelingt es uns, den Röntgen-Grund in der Glasindustrie, den Geheimen Kommerzienträthe Hege in Nienburg, Schauenstein und Werresheim, zu überwinden, dann können auch wir noch später häufiger unterstützen, deshalb heißt es in diesem Verzweiflungskampf.

Wie Briefe sind zu richten an
Emil Girbig, Straßau-Berlin,
alle Gesandtschaften an den Verbandssekretär
Gustav Hammer, Berlin, Leipzigerstr. 26, 1. Et.
Der Verfaßer: J. A.: Gust. Girbig.

Gerichts-Zeitung.

Hamburg. Am 7. Dezember v. J. hatten sich vor dem hiesigen Gewerkegericht i. J. 1900 organisierte Metallarbeiter der Verwaltungsfirma Hammar-Horn wegen Vergehen gegen § 153 der V.-D. zu verantworten. Sie hielten die Dreher Andreas Wilhelm Stammert und Karl Raaff durch Verzußerkundung zum Eintritt in den "Deutschen Metallarbeiter-Verband" zu veranlassen gefragt haben. Die beiden Zeugen Stammert und Raaff sind früher Mitglieder des genannten Verbandes, und zwar im Zweigverein der Firma Horn gewesen. Beide sind in Folge persönlicher Differenzen mit einigen Mitgliedern, namentlich mit dem Angeklagten L. in Hof resp. Juli 1899 aus dem Verband ausgetreten. Es soll nun von der Firma Horn und insbesondere von den organisierten Metallarbeitern der Fabrik von F. H. Henckel u. Co. eine Agitation-Kommission gewählt sein, die die Aufgabe gehabt haben soll, die Zeugen Stammert und Raaff zu überreden und dafür zu sorgen, daß diese beiden von allen Kollegen geschätzt und gewürdet werden. Und diese Maßnahme soll die Angeklagten nach klärt der Anwaltschaft getroffen haben, um die beiden Zeugen wieder in den Verband hereinzuholen. Die Angeklagten bestritten

Träume eingefallen, die beiden Zeugen wieder in den Verband hereinzuholen. Im Gegenteil, würden sich die beiden zum Wiedereintritt gemeldet haben, so würden alle dagegen Protest erhoben haben, so daß der Hauptprozeß stand in Stuttgart sicherlich die Aufnahme abgelehnt haben würde. Dazu für die beiden Zeugen eine Überwachungskommission gebildet sei, hätten sich die Zeugen mit eingeschaltet. Richtig sei, daß eine Agitationskommission eingeschaltet. Diese habe aber nur unter den indifferenten Kollegen agitieren sollen, nicht hätte sie sich etwa mit Raaff und Stammert beschäftigen sollen, die ja dem Verband früher angehört hätten. Richtig sei auch, daß man Raaff und Stammert geschritten habe. Das sei geschehen, weil die beiden sich in jeder Beziehung ungemein auch bei der Arbeit, unkollegialisch verhalten und mißliebig gemacht hätten. Argewandte andere Völkisch, als die beiden mit Betachtung zu strafen, habe man nicht gehabt. Die Zeugen Raaff und Stammert bleibten unter scharfen Ausfällen auf den Verband resp. die Filiale Horn desselben dabei, daß die Agitationskommission allein den Zweck gehabt habe, sie, die beiden Zeugen, zu überreden und zu droheln, um sie dadurch wieder dem Verband zuzuführen. Bestimmte Beweise dafür könnten sie nicht erbringen. Sie geben auf ausdrückliches Begegnen des Verteidigers, Dr. Suje, zu, daß sie persönlicher Differenzen wegen aus dem Verband geschieden sind. Verschiedene andere Zeugen befanden, daß die den Zeugen Raaff und Stammert zu Theil gewordene Behandlung keineswegs dem Zweck gehabt hätte, die beiden den Verband wieder zu zuführen. Die beiden hätten dadurch nur für ihre eigene unkollegialische Verhalten bestraft werden sollen. Besonders ein Zeuge, der ebenfalls seit Januar v. J. aus dem Verband geschieden ist, erklärt: er sei überzeugt, daß man Raaff und Stammert gar nicht wieder im Verband hätte haben wollen. Schiedem war der Anwalt Dr. Hause überzeugt, daß die Verteilung der beiden Zeugen auf den Zweck gehabt habe, die beiden wieder in den Verband hereinzuholen. Er beantragte gegen Dr. L. E. G. und R. die Mitglieder der Agitationskommission — nach Ansicht des Anwalts — "Überwachungskommission" — geworben sind, je 2 Wochen Gefängnis und gegen Sch. eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Dr. Suje, kontierte sein Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß der Anwalt durch die Verhandlung nicht hinter die Mißverständnisse gekommen sei, die sich in die Eltern eingeschlichen hätten. Die Sache sei das gerade Gegenteil von einem Vergehen gegen § 153 V.-D. Das sei absolut klar und leicht zu vertischen. Aber durch die ewigen Forderungen über Straße, Schätz der Arbeiterschaften" usw. hätten sich in manchem Kopfe die Begriffe so verwirrt, daß er, werde er einmal von einem Verbandsmitgliede schief angesehen, sofort zur Polizei laufe und um Strafe durch Anwendung des § 153 V.-D. gegen das Verbandsmitglied bitte. Die Verhandlung habe einen absolut sicheren Beweis gebracht, daß man die Herren Raaff und Stammert nicht mehr habe und nicht mehr mit ihnen habe vorliegen wollen, ein Gefühl, das sich in Folge dieser Denunziation nur noch verstärken würde. Die Denunzianten verkehren nun eben nicht, auch in Krisen der Arbeiter nicht. Hoffentlich nehmen die Herren Raaff und Stammert aus dem Gerichtssaal die Überzeugung mit nach Hause, daß man sie nun endgültig nicht haben wolle. Und damit würde ja einer späteren Denunziation von vorherher die Spur abgebrochen sein. — Das Gericht war ebenfalls überzeugt, daß die Angeklagten die beiden Zeugen Stammert und Raaff nicht durch Einführung zum Eintritt in den Verband hätten verhindern wollen. Es erfolgte deshalb die Festnahme des Angeklagten Gustav Girbig.

Damit war aber der Anwalt Dr. Hause nicht zufrieden. Er legte Berufung ein, und suchte die gesuchte in einer neueren Verhängungsschrift zu begründen. Es gelang ihm das freilich nicht, auch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgerichte am 14. Februar nicht, ebenso wenig wie dem Staatsanwalt Alberts, der auf Grund der neuen Vernehmung der Herren Stammert und Raaff die Auflage und Verurteilung zu rechtfertigen suchte. Dem Verteidiger Dr. Suje gelang es spätestens, Beider Ausführungen in jeder Hinsicht zu widerlegen. Das Gericht war ganz der Ansicht des Verteidigers und verwarf die Verurteilung des Staatsanwaltsfestschichtig.

Litterarisches.

Der Jahresbericht des Arbeiterssekretariats Frankfurt a. M. für 1900 nebst einem Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer sozialpolitischen Abhandlung des Arbeiterssekretärs Gräßl: Ein Musterfall nach den neuen Insoll-Berichtigungen gegeben. — Der 120 Seiten umfassende Bericht gibt ein überblickliches Bild über die Tätigkeit des Sekretariats und der Gewerkschaften. Die Frequenzziffern des Frankfurter Sekretariats, 1899: 16,076, 1900: 22,736, beweisen ihr Erfolg, daß sich des Instituts des sozialen Fortschritts der Arbeiterschaft erfreut und daß seine Errichtung eine Nachwirkung hat.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dietz Verlag) ist jedoch das 20. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Jubel heben wir hervor: "Kunst und Proletariat." — Die Landeskundliche Schrift in Frankfurt: "Die Sozialreformen Württembergs." Von Rosa Luxemburg. — Rückblick auf die Landtagswahlen in Württemberg. Von Clara Zetkin. (Fortsetzung) — Der Konflikt in Leipzig. Von Otto Herbeck-Zetkin. — Literarische Rückblick: Beiträge zu neuen sozialpolitischen Themen. Von Universitaire, "L'École et l'Église."

"In freien Stunden", Illustrirte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 M. Die Nummern 2—6 enthalten die Fortsetzung des Romans "Domine und Sohn" von Charles Dickens und "Anna", Roman von H. Sienkiewicz. Die Illustrationen zu Domine sind ganz dem Charakter des Romans angepaßt und spiegeln mit verständnisvoller Freude das englische Leben aus der Mitte des 19. Jahrhunderts wieder. Das jetzt dem Texte beigelegte kleine Feuilleton enthält Skizzen, Notizen und Scherz.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post) kann Bierleinjahrbüchlein für 120 M. (Postzettelkatalog Nr. 3622)

zum Beleben auf die 10-Jahre zu. Wie empfehlen
wollen wir das beständig des Monats.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Gesammlungen.

Bei jeder Versammlung sind Aufnahmen
durch und werden Getränke aufgegrommen.

Borna. Dienstag, den 12. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Comptons.

Leipzig. Samstag, den 9. März, Abends 8 Uhr, im
"Blauen Vogel".

Garmisch-Elbersfeld. (Beide Verwaltungsstellen.) Sonn-
tag, 10. März, Vormittags halb 11 Uhr kombinierte Ver-
sammlung. Beschlussfassung über die Verschmelzung der
Verwaltungsstellen. Event. Wahl des Vorstandes.

Gevelsberg. Sonntag, 10. März, Nachm. halb 4 Uhr,
bei Haddenberg. Stellung zur Generalversammlung. Wahl
des Delegierten. Lokale Angelegenheiten.

Hannover. Samstag, 9. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Ebel, Parlamentstr. 5. Brandenburger Versammlung aller in
Hannover ansässigen Kollegen.

Bayreuth. Samstag, 9. März, Abends 8 Uhr, bei
Görl, im "Heiligen Kreuz".

Berlin. Beitretensmännerkonferenzen: Mittwoch, 6. März für den Osten bei Bartel, Gr. Frankfurter-
straße 18. Mittwoch, 6. März für den Westen bei Werner,
Bülowstraße 59. Sonnabend, 16. März für den Norden
bei Dieder, Uferstr. 123. Sonnabend, 16. März für Posenit
bei Fischer, Waldfstraße 8. Mittwoch, 20. März für den
Süden im Gewerbehofshaus, Engelstor 15. Donnerstag,
21. März für die Mechaniker, Uhrmacher und Optiker im
Gewerbehofshaus, Engelstor 15.

Berlin. Generalversammlung: Samstag, 17. März,
Vormittags 10 Uhr bei Reiter, Kappstraße 29. Stellung-
nahme zum Verbundstag. Ausstellung der Kandidaten.

Berlin. Maschinenebeiter, Hobler, Bohrer, Fräser,
Stofer. Sonntag, den 3. März, Vormittags 10 Uhr, bei
Dietz, Ackerstraße 123 Morgenstraße.

Berlin. Gas-, Wasser- und Heizungsrohrleger und
Gehilfen. Sonntag, den 10. März, Vormittags 10 Uhr, im
Gewerbehofshaus, Engelstor 15.

Berlin. Bezirk Überhörsiede. Sonntag, 10. März,
Vormittags 10 Uhr, bei Zogu, Wilhelmshöfstraße 18.

Gießen. (Allgem.) Samstag, den 9. März, Abends
8½ Uhr, im Hof des Herrn Stahl, Kaiser-Wilhelm-Platz.

Gießen. (Sektion der Klempner.) Samstag, den
9. März, Abends halb 9 Uhr, bei Stahl, Kaiser-Wilhelm-
Platz.

Gießen. (Sektion der Formierer.) Freitag, den 8. März,
Abends 7 Uhr, bei Wilderer, Rennestrasse 10.

Gießen. Samstag, den 9. März, Abends halb
9 Uhr, im "Aldor". Frankfurterstraße 53.

Gersweilerhausen. Samstag, 9. März.

Greiz. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den
2. März, Vorm. 11 Uhr, bei Pilz, Gr. Großengasse 15.

Großheringen. Sonnabend, den 9. März, Abends 8 Uhr, in
der "Postinnung", Schloßstraße 10.

Gera. (Allgem.) Samstag, den 9. März, Abends
8 Uhr, im "Römischen Hof".

Gera. Donnerstag, den 7. März, Abends 8 Uhr, im
Zothe Brodhäusengasse 11.

Gera. Samstag, den 9. März, Abends halb
9 Uhr, Rossmühle 18.

Göbeln i. S. Sonnabend, den 9. März, Abends halb
9 Uhr, in der "Waldenterrasse".

Dresden n. J. Sonnabend, den 9. März, Abends
8 Uhr, im Saale des "Triumvir", Schlossplatz. Unsere
nächste Generalversammlung in Rüdtelberg. Anträge hierzu
und Vorläufige von Delegierten. Gewerbehofshaus.

Dresden. (Allgem.) Sonnabend, 9. März, Abends
halb 9 Uhr, im "Hof von Holland".

Görlitz. Freitag, den 8. März, Abends 8 Uhr, im
"Schlösschen Haus", Waltherstraße.

Essen. (Allgem.) Freitag, 8. März, Abends 8 Uhr,
in Berndts' Esse, Moltkestraße.

Essen. (Sektion der Klempner.) Samstag, 2. März,
Abends halb 9 Uhr, bei Degenhardt, Herkstraße.

Erfurt. (Allgem.) Sonnabend, 9. März, Abends halb
9 Uhr, im Saalhaus zum "Gothardt", Gothastraße 46.

Erfurt. (Sektion der Klempner und Schmiedekunst.)

Sonntag, den 9. März, in der "Gießburg".

Gelsenkirchen. Jeden legten Samstag im Raum, Abends
8 Uhr bei Schnapp.

Gelsenkirchen. (Sektion der Klempner.) Mittwoch, den
6. März, Abends 8 Uhr, im "Wülfenspalten".

Gelsenkirchen n. J. (Spanier u. Drechslermeister.) Samstag,
den 9. März, Abends halb 9 Uhr, bei Ebel, Gr. Gießen-
strasse 22.

Gelsenkirchen i. J. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr,
bei Schwane.

Gelsenkirchen. Samstag, 10. März, Vormittags 10 Uhr,
bei Gießen.

Gelsenkirchen. Samen 2. und 4. Samstag im Raum
im "Haus".

Gelsenkirchen. Samstag, den 2. März, Abends 8 Uhr,
im "Zorn".

Gelsenkirchen. Samstag, den 2. März, Abends halb
9 Uhr, bei Städteier, Schlossstraße.

Gelsenkirchen. (Guss- und Stahlerbeiter.) Samstag, den
2. März, Abends halb 9 Uhr, im Saalhaus "Kroms".

Gelsenkirchen. Samstag, den 2. März, Abends halb
9 Uhr, im "Kroms".

Gelsenkirchen - Goslar. Samstag, den 2. März,
Abends halb 9 Uhr, im Saalhaus zum "Weingarten", Herren-
straße 12.

Gaggenau. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat.
Mittwoch 5 Uhr, bei Steinbauer, Schlesische Straße.
Salle a. J. (Klempner a. Drechslermeister.) Sonnabend,
den 2. März, Abends halb 9 Uhr, in den "Drei Könige",
H. Ulrichstraße 26.

Gauernitz-Glaubitz. (Sektion der Schmiede.) Sonn-
abend, den 9. März, Abends halb 9 Uhr, bei Giese, Rader-
macherstraße 1.

Gera. Die Versammlung fällt am 8. März aus,
nächste Versammlung findet am Sonntag, 17. März statt.

Görlitz a. M. Samstag, 9. März, Abends 9 Uhr, in
der "Sonne".

Görlitz. Dienstag, den 5. März, Abends 8½ Uhr, bei Riedl,
Büttnerstraße 70.

Garslaue. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den
2. März, Abends halb 9 Uhr, bei Wöhrela, Kaiserstraße 12.
Stellungnahme zur Generalversammlung.

Garslaue-Mühlberg. Samstag, 2. März kombinierte
Versammlung bei Wöhrela, Kaiserstraße 12. — Sonntag,
3. März, Vorm halb 10 Uhr, in der "Kaiser-Allee".

Görlitz. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 5. März,
bei Ehrens. alte Reihe 8.

Görlitz. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des
Monats bei Görl, Schloßstraße.

Gambricht. Samstag, 3. März, Abends 3 Uhr in
Gambricht bei Riedl.

Görgsdorf. Samstag, 3. März, Nachm. 3 Uhr.

Görlitz. Dienstag, 4. März, Abends 8 Uhr, bei Schilz,
Delegiertenwahl.

Görlitz. (Maschinenbau.) Samstag, 9. März, Abends
halb 9 Uhr, bei Görlitz, "Lütjewmannsplatz". Delegiertenwahl.
Führungswesen.

Görlitz. (Maschine.) Samstag, 9. März, Abends halb
9 Uhr, bei Carl Umbach, Schöneweidestraße 104.

Germanns. Freitag, 8. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Hermanns, Planerstraße.

Görlitz. (Metallzeugindustrie.) Samstag, 9. März,
im "Goldenen Löwen", Lütjewmannsplatz. Delegiertenwahl.
Führungswesen.

Görlitz. (Minigießerei.) Montag, den 4. März, bei
Bielefelder, Kuhleweg 11. — Der Arbeitsschein wird
befindet sich bei Kollege F. Späth, Pegoldstr. 11 von 12 bis
1 Uhr Mittags. Abends von 6—7 Uhr.

Görlitz. Samstag, den 9. März, Abends 8 Uhr,
bei Böller, Planerstraße.

Göttersheim. Samstag, 3. März, Nachm. 3 Uhr, im
Büchertafel. Delegiertenwahl.

Oldenburg. Sonnabend, den 2. März, Abends halb
9 Uhr, bei Wegkamp, Kurfürststraße.

Pirna. Sonnabend, den 9. März, Abends halb 9 Uhr
Büchertafel im "Carolabad".

Quedlinburg. Sonnabend, 2. März, im "Burgturis",
Steinweg 20—22.

Regensburg. Samstag, 9. März, Abends 8 Uhr, im
"Goldenen Ritter".

Ronsdorf. Samstag, 9. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Petermann, Stacheldraht. Bericht von der Dägelförder
Konferenz. Delegiertenwahl.

Rheydt. Samstag, 2. März, Vorm. halb 11 Uhr,
bei J. Poland, Friedensstraße.

Röcklitz. Sonnabend, den 9. März, in der "Baron-
halle".

Röckenhagen. Freitag, den 8. März, Abends halb
9 Uhr, bei Bierhölz, Gr. Rittergasse 56.

Schnigling-Goslar. Sonntag, den 10. März, Vorm.
10 Uhr, bei Geißpaut.

Schw. Hall. Samstag, den 2. März, Abends 8 Uhr,
im "Münzhaus", Heilbronnerstraße 88.

Schwelm. Sonntag, den 9. März, Vorm. 11 Uhr, bei
Elbingen, Schulstraße.

Schwerte. Samstag, den 2. März, Abends 8 Uhr,
bei Goedelius, Mühlstraße.

Solingen. Samstag, 2. März, Abends halb 9 Uhr,
bei v. Geels, Kronenbergerstraße.

Stettin z. J. (4. Bezirk.) Samstag, den 3. März,
Nachm. 3 Uhr, im Büchertafel Schützenhaus (Wendt).

Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, 9. März, Abends
halb 9 Uhr, bei Stoch, Hermannstr. 1.

Witten. Sonnabend, 2. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Kugel, Drechslerstraße. Wahl des Delegierten.

Würzburg. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, in
der "Reichs", Schmidstraße. — Sonntag, 3. März,
Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Alle Prä-
sidenten sind mit an. Delegierte, Gewählte, Sekretär 2½
zu rufen.

Zehlendorf. Samstag, den 9. März, Abends halb 9 Uhr,
bei Schindler, Gartenstraße.

Zehlendorf. Samstag, 9. März, Abends 8 Uhr, bei Otto
Zechlau.

Zehlendorf. Samstag, Vormittags 10 Uhr, bei Timpe,
Monopol.

Zossen. Samstag, 3. März, Ministerberghaus,
befindend in Zossen, Langest und Lang im "Hofjäger".

Zittau. (Gießerei.) Jeder organisierte Kollege
erhält 50 Pf. Die Auszahlung erfolgt Abends von 7 bis
8 Uhr bei Max Seitz, Gießstr. 5. Mindesten ist strengstens
bedroht, dass Gehälter entzogen werden. Der
Arbeitszeitpreis befindet sich in Zossen bei J. Strobl, Zangstraße 2.

Zittau i. El. Schmidmühlen: Josef Seitz,
Schoen-Hofstraße 25. Gießer: Georg Döpler, Dicke-
hämmerstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwickau. Samstag, 2. März, Abends 8 Uhr, im "Zwickauer",
Ritterstraße 12. Kranegel wird aufgefordert in der Zeitung
Seitz, Gießstraße 5.

Zwick